

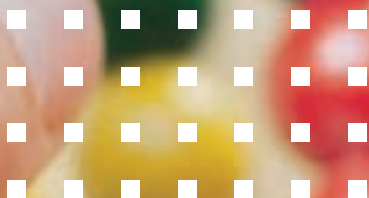


Bundesministerium
der Finanzen

K l a r s i c h t

Steuern & Zölle

Einkommen- und Lohnsteuer



Ausgabe 2002

Einkommen- und Lohnsteuer



Inhaltsverzeichnis

Einkommensteuer und Lohnsteuer im Überblick

A. Wer zahlt Einkommensteuer bzw. Lohnsteuer?

Wer muss Einkommensteuer zahlen?.....	11
Wie wird die Einkommensteuer erhoben?	11
Welches Finanzamt ist zuständig?	11
Wann müssen die Einkommensteuer- vorauszahlungen geleistet werden?	12
Wie wird die festzusetzende Einkommensteuer berechnet	12
Was versteht man unter Lohnsteuer, und wie wird sie erhoben?	12
Wofür benötigt man eine Lohnsteuerkarte?.....	13
Gibt es auch einen Lohnsteuerabzug ohne Lohnsteuerkarte? (§ 40 a EStG)	13
Was ist ein Lohnsteuerermäßigungsverfahren (§ 39 a EStG)?.....	14
Müssen Personengesellschaften Einkommensteuer zahlen?	15
Wie verhält es sich bei Kapitalgesellschaften?	15

B. Welche Einkommensarten müssen versteuert werden?

Was ist mit Erbschaften, Schenkungen und Gewinnen?	19
---	----

C. Wer muss und wer sollte eine Einkommensteuererklärung abgeben?

Wer muss eine Einkommensteuererklärung abgeben, und welche Fristen gelten?.....	20
Muss jeder Lohnsteuerpflichtige eine Einkommensteuererklärung abgeben?.....	20
Wann ist ein Arbeitnehmer verpflichtet, eine Einkommensteuererklärung abzugeben?	20
Wann sollte ein Arbeitnehmer eine Einkommensteuererklärung abgeben?.....	21
Welche Fristen gelten bei der Lohnsteuer?.....	22

D. Checkliste: Einkommen- und Lohnsteuer im Überblick

Wer muss Einkommensteuer zahlen?	23
Welches Finanzamt ist zuständig?	23

Wie wird die Einkommensteuer erhoben?..... 23

Wann müssen die Einkommensteuer-
vorauszahlungen geleistet werden?..... 23

Was versteht man unter Lohnsteuer
und wie wird sie erhoben?..... 23

Benötigt jeder Arbeitnehmer
eine Lohnsteuerkarte? 23

Gibt es auch einen Lohnsteuerabzug
ohne Lohnsteuerkarte? 24

Was ist ein Lohnsteuerermäßigungsverfahren? 24

Welche Einkommensarten
müssen versteuert werden? 24

Was ist mit Erbschaften,
Schenkungen und Gewinnen? 24

Wer muss eine Einkommensteuererklärung
abgeben, und welche Fristen gelten?..... 24

Wann ist ein Arbeitnehmer verpflichtet,
eine Einkommensteuererklärung abzugeben? 24

Wann sollte ein Arbeitnehmer
eine Einkommensteuererklärung abgeben?..... 25

Welche Fristen gelten bei der Lohnsteuer?..... 25

Die Höhe des zu
versteuernden Einkommens

A. Wie wird der Gewinn ermittelt?

Wann werden die Einkünfte als Gewinn ermittelt? 28

Wann muss der Betriebsvermögensvergleich
angewendet werden (§ 4 Abs. 1 EStG.)?..... 28

Wann kann die Einnahmeüberschussrechnung
angewendet werden (§ 4 Abs. 3 EStG.)?..... 28

Wer kann die Gewinnermittlung nach
Durchschnittssätzen anwenden (§ 13 a EStG)?..... 29

**B. Was sind Überschusseinkünfte
und Werbungskosten?**

Wann werden die Einkünfte
als Überschusseinkünfte ermittelt?..... 29

Was sind Werbungskosten?..... 30

Welche Werbungskosten werden
bei Arbeitnehmern anerkannt? 30

Was sind Pauschbeträge? 39

C. Wie errechnet sich die Summe der Einkünfte?

Was bedeutet die Summe der Einkünfte?	39
---	----

D. Wie errechnet sich aus der Summe der Einkünfte das zu versteuernde Einkommen?

Welche Abzüge mindern

das zu versteuernde Einkommen?	40
--------------------------------------	----

Was heißt Verlustabzug?	40
-------------------------------	----

Welche Sonderausgaben gibt es (§10 EStG)?	41
---	----

Was ist eine Vorsorgepauschale?	42
---------------------------------------	----

Können Vorsorgeaufwendungen als Freibeträge

auf der Lohnsteuerkarte eingetragen werden?	43
---	----

Was zählt zu den sonstigen Sonderausgaben?	43
--	----

Wie werden Beiträge zur zusätzlichen privaten

Altersvorsorge berücksichtigt (§ 10a EStG)?	44
---	----

Was ist eine Altersvorsorgezulage bei der

privaten Altersvorsorge (§§ 79-99 EStG)?	45
--	----

Welche Abzugsbeträge gibt es

für selbstgenutztes Wohneigentum?	47
---	----



Wann wird selbstgenutztes

Wohneigentum gefördert?	47
-------------------------------	----

Mindern Kinder die Steuerlast?	48
--------------------------------------	----

Wann werden Kinder berücksichtigt?	50
--	----

Welche außergewöhnlichen Belastungen können

geltend gemacht werden (§§ 33 - 33 c EStG)?	51
---	----

E. Wo werden Gewinn bzw. Einkünfte sowie Abzüge im Einkommensteuerformular eingetragen?

Wo bekomme ich Formulare

für meine Einkommensteuererklärung?	54
---	----

Welche Angaben muss ich machen?	55
---------------------------------------	----

Welche Belege soll ich meiner

Steuererklärung beifügen?	57
---------------------------------	----

F. Checkliste: Wie wird das zu versteuernde Einkommen ermittelt, und wo steht was im Formular?

Wie berechnet sich das zu versteuernde Einkommen?	58
Wie wird der Gewinn ermittelt?	58
Wann werden die Einkünfte als Überschusseinkünfte ermittelt?	58
Was sind Werbungskosten?	59
Welche Werbungskosten werden bei Arbeitnehmern anerkannt?	59
Was sind Pauschbeträge?	59
Welche Abzüge mindern den Gesamtbetrag der Einkünfte?	59
Wo bekomme ich Formulare für meine Einkommensteuererklärung?	60
Welche Angaben muss ich machen?	60
Welche Belege soll ich meiner Steuererklärung beifügen?	61

Höhe der zu zahlenden Einkommen- oder Lohnsteuer

A. Wie verläuft der Einkommensteuertarif, und welche Auswirkungen hat dies für die Höhe der zu zahlenden Steuer?

Wie hoch ist der Grundfreibetrag?	63
Wie hoch ist der Eingangssteuersatz?	63
Lässt sich die Progression mildern?	64

B. Wie wird die Höhe der Einkommensteuer ermittelt?

Welche Veranlagungsarten gibt es bei der Einkommensteuer?	66
Wie berechnet sich die Einkommensteuer bei zusammen veranlagten Ehegatten?	67
Wie berechnet sich die Einkommensteuer bei getrennt veranlagten Ehegatten?	67
Was bedeutet „besondere Veranlagung“?	67

C. Wie hoch ist die Lohnsteuer?

Wozu dienen die Lohnsteuertabellen?.....	72
Welche Steuerklassen gibt es, und für wen gilt welche? (§ 38 b EstG)	72
Was machen Steuerpflichtige mit mehreren Arbeitsstellen?	73
Wann können Ehepaare die Steuerklasse wechseln?	73

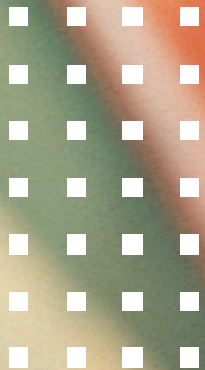
D. Checkliste: Höhe der zu zahlenden**Einkommen- und Lohnsteuer**

Wie verläuft der Steuertarif?.....	76
Lässt sich die Progression mildern?.....	76
Wozu dienen die Grund- und die Splittingtabelle?	76
Welche Veranlagungsarten gibt es bei der Einkommensteuer?	76
Wozu dienen die Lohnsteuertabellen?.....	77
Welche Steuerklassen gibt es?.....	77
Wann können Ehepaare die Steuerklasse wechseln?	77

Stichwortverzeichnis	78
-----------------------------------	----



Einkommensteuer und Lohnsteuer im Überblick



A. Wer zahlt Einkommensteuer bzw. Lohnsteuer?

Wer muss Einkommensteuer zahlen?

Einkommensteuer hat grundsätzlich jeder zu zahlen, der in der Bundesrepublik Deutschland seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, sowie deutsche Staatsangehörige, die zwar gegenwärtig nicht im Inland leben, aber aus einer inländischen öffentlichen Kasse entlohnt werden. Diese unbeschränkte Steuerpflicht erstreckt sich auch auf Einkünfte, die im Ausland erzielt werden und der dortigen Einkommensteuer unterliegen, z. B. Ferienimmobilien oder Auslandskonten. Mit zahlreichen Staaten bestehen aber inzwischen Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung, welche die deutsche Einkommensbesteuerung einschränken. Steuerpflichtig sind zudem jene, die zwar nicht in Deutschland leben, aber – wie im Falle der Grenzpendler – hier arbeiten, sofern deren Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit stammen und zu mindestens 90 v.H. der deutschen Einkommensteuer unterliegen.

Wie wird die Einkommensteuer erhoben?

Die Einkommensteuer wird entweder durch Steuerabzug erhoben (wie im Falle der Lohn- oder der Kapitalertragsteuer) oder durch Veranlagung festgesetzt (Einkommensteuervorauszahlung). Wie viel Einkommensteuer zu zahlen ist, bemisst sich unter anderem nach dem im jeweiligen Kalenderjahr bezogenen zu versteuernden Einkommen.

Welches Finanzamt ist zuständig?

Das zuständige Finanzamt ist in der Regel das, in dessen Bezirk der Steuerpflichtige zum Zeitpunkt der Abgabe seiner Einkommensteuererklärung lebt. Bei mehreren Wohnsitzen ergibt sich die Zuständigkeit danach, wo der Steuerpflichtige überwiegend wohnt. Bei einem Umzug sollte die bisherige Steuernummer bei der Abgabe der Einkommensteuererklärung dem neuen Finanzamt mitgeteilt werden.

Wann müssen die Einkommensteuervorauszahlungen geleistet werden?

Auf die voraussichtliche Einkommensteuerschuld sind vierteljährlich, nämlich am 10. März, 10. Juni, 10. September und 10. Dezember, Vorauszahlungen zu leisten (§ 37 EStG). Dies stellt auch bei Selbständigen eine zeitnahe Erhebung der Steuer sicher. Die Höhe der Vorauszahlungen setzt das zuständige Finanzamt durch Bescheid fest. Dabei orientiert sich das Finanzamt an den Einkünften der vorangegangenen Perioden. Sind die Vorauszahlungen nach Auffassung des Steuerpflichtigen für das aktuelle Kalenderjahr zu hoch festgesetzt, weil sich wichtige Rahmenbedingungen verändert haben, kann er die Herabsetzung der Vorauszahlungen beantragen.

Wie wird die festzusetzende Einkommensteuer berechnet?

Sind vom Einkommen die Freibeträge für Kinder abgezogen worden, ist das Kindergeld der Einkommensteuer in entsprechendem Umfang hinzuzurechnen.

Auf die festgesetzte Einkommensteuer werden angerechnet:

- die einbehaltene Lohnsteuer,
- die einbehaltene Kapitalertragsteuer (20 v.H., Zinsabschlag 30 oder 35 v.H.) sowie
- die für den Veranlagungszeitraum entrichteten Einkommensteuervorauszahlungen.

Verbleibt trotz der geleisteten Vorauszahlungen noch eine Einkommensteuerschuld, muss diese mit einer Abschlusszahlung beglichen werden. Hat der Steuerpflichtige zu viel gezahlt, wird diese Überzahlung erstattet.

Was versteht man unter Lohnsteuer, und wie wird sie erhoben?

Die Lohnsteuer ist nur eine Erhebungsform der Einkommensteuer – also keine Steuer eigener Art. Sie wird bei der Lohnzahlung an die Arbeitnehmer vom Arbeitgeber einbehalten und an das Finanzamt abgeführt.

Steuerpflichtiger Arbeitslohn sind alle Einnahmen, die dem Arbeitnehmer aus dem Dienstverhältnis oder einem früheren Dienstverhältnis zufließen. Zu den Einnahmen

zählen nicht nur Barvergütungen, sondern auch Sachbezüge (z.B. Kost und Logis) und andere geldwerte Vorteile (z.B. private Benutzung eines betrieblichen Pkws). Für die Steuerpflicht ist unerheblich, ob es sich um einmalige oder laufende Einnahmen handelt, und ob ein Rechtsanspruch auf sie besteht.



Wofür benötigt man eine Lohnsteuerkarte?

Eine wesentliche Voraussetzung für den Lohnsteuerabzug ist die Lohnsteuerkarte. Sie zeigt dem Arbeitgeber verbindlich die im Einzelfall maßgebenden Besteuerungsmerkmale des Arbeitnehmers an. Eine Lohnsteuerkarte erhalten nur Arbeitnehmer, die sich überwiegend im Inland aufhalten bzw. hier ihren Wohnsitz haben.

Wird ein neues Beschäftigungsverhältnis aufgenommen, sollte die Lohnsteuerkarte binnen 6 Wochen dem Arbeitgeber abgegeben werden. Für das laufende Kalenderjahr reicht es aus, wenn die Lohnsteuerkarte bis zum 31. März beim Arbeitgeber vorliegt. Bis zum Ablauf dieser Frist wird der Arbeitgeber für den Lohnsteuerabzug die ihm bekannten oder nachgewiesenen Verhältnisse für die Steuerklasse zugrunde legen. Danach muss er die Lohnsteuer nach der ungünstigsten Steuerklasse VI erheben, sofern der Arbeitnehmer nicht nachweisen kann, dass er an der verspäteten Abgabe keine Schuld hat.

Gibt es auch einen Lohnsteuerabzug ohne Lohnsteuerkarte? (§ 40 a EStG)

Von der Verpflichtung, dem Arbeitgeber eine Lohnsteuerkarte vorzulegen, gibt es nur eine Ausnahme: Bei Teilzeitbeschäftigten darf der Arbeitgeber auf die Vorlage einer Lohnsteuerkarte verzichten, wenn er die Lohnsteuer pau-

schal mit 5, 20 bzw. 25 v.H. des Arbeitslohns berechnet und übernimmt. Teilzeitbeschäftigte im Sinne dieser Ausnahmeregelung sind:

- Aushilfskräfte, die beim Arbeitgeber nicht regelmäßig wiederkehrend tätig werden und bei denen die Dauer der Beschäftigung 18 zusammenhängende Arbeitstage und der Arbeitslohn während der Beschäftigung 62 € durchschnittlich je Arbeitstag nicht überschreitet (Pauschsteuersatz 25 v.H.),
- Arbeitnehmer, bei denen der Arbeitslohn 325 € im Monat nicht übersteigt (Pauschsteuersatz 20 v.H.),
- Aushilfskräfte in der Land- und Forstwirtschaft (Pauschsteuersatz 5 v.H.).



In allen Fällen darf der Stundenlohn 12 € nicht übersteigen. Ob der Arbeitgeber die Lohnsteuer pauschal erhebt, ist seine Entscheidung. Schließlich muss er die Pauschsteuer tragen. Durch die Pauschsteuer ist die Besteuerung dieses Arbeitslohns in vollem Umfang abgeschlossen. Der pauschal besteuerte Arbeitslohn bleibt bei der Einkommensteuerveranlagung außer Betracht und braucht deshalb nicht in der Einkommensteuererklärung angegeben zu werden.

Was ist ein Lohnsteuerermäßigungsverfahren (§ 39 a EStG)?

Bei der Steuererhebung sind neben der Höhe des Arbeitslohns auch die persönlichen Verhältnisse des einzelnen Arbeitnehmers, soweit sie steuerlich von Bedeutung sind, zu berücksichtigen. Das wird durch die von der Meldebehörde bescheinigten Merkmale auf der Lohnsteuerkarte in Verbindung mit den in den Lohnsteuertabellen eingearbeiteten Frei- und Pauschbeträgen nur zum Teil sicher-

gestellt. Vom Finanzamt können aber auf Antrag des Arbeitnehmers auf der Lohnsteuerkarte darüber hinaus Freibeträge für bestimmte steuerlich anzuerkennende Aufwendungen oder Abzugsbeträge, sowie die Zahl der Freibeträge für Kinder für noch nicht von der Meldebehörde auf der Lohnsteuerkarte berücksichtigte Kinder eingetragen und auf diese Weise bereits beim Lohnsteuerabzug steuerermäßigend berücksichtigt werden. Die Freibeträge für Kinder wirken sich jedoch nur auf die Höhe der Zuschlagsteuern zur Lohnsteuer (Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer) aus.

Diese geänderten oder ergänzenden Eintragungen auf der Lohnsteuerkarte werden mit dem Begriff Lohnsteuer-Ermäßigungsverfahren umschrieben. Ohne dieses Verfahren könnte sich der Steuerpflichtige eventuell zuviel einbehaltene Lohnsteuer erst bei der Einkommensteuerveranlagung zurückholen.

Müssen Personengesellschaften Einkommensteuer zahlen?

Personengesellschaften, wie z.B. Offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften, Gesellschaften des bürgerlichen Rechts und Erbgemeinschaften, sind selbst weder einkommen- noch körperschaftsteuerpflichtig. Ihr Ertrag wird den beteiligten Gesellschaftern zugerechnet und bei diesen besteuert.

Wie verhält es sich bei Kapitalgesellschaften?

Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Genossenschaften und Vereine sind juristische Personen und müssen ihr Einkommen deshalb selbst versteuern. Sie zahlen Körperschaftsteuer. Die beteiligten Gesellschafter müssen auf ihre Erträge aus der Beteiligung (z.B. Dividenden) Einkommensteuer zahlen. Dabei werden zur Berücksichtigung der von der Gesellschaft bereits gezahlten Körperschaftsteuer die Erträge nur zur Hälfte erfasst.

Alle Eintragungen in der Lohnsteuerkarte genau prüfen!

Ordnungsmerkmale des Arbeitgebers

Lohnsteuerkarte 2002

Berlin

Geburtsdatum

I. Allgemeine Besteuerungsmerkmale

Steuer-
klasse

Kinder unter 18 Jahren:
Zahl der Kinderfreibeträge

Kirchensteuerabzug

(Datum)

(Gemeindebehörde)

II. Änderungen der Eintragungen im Abschnitt I

Steuerklasse	Zahl der Kinder- freibeträge	Kirchensteuerabzug	Diese Eintragung gilt, wenn sie nicht widerrufen wird:	Datum, Stempel und Unterschrift der Behörde
			vom 2002 an bis zum 31. 12. 2002	I. A.
			vom 2002 an bis zum 31. 12. 2002	I. A.

III. Für die Berechnung der Lohnsteuer sind vom Arbeitslohn als steuerfrei abzuziehen:

Jahresbetrag Euro	monatlich Euro	wöchentlich Euro	täglich Euro	Diese Eintragung gilt, wenn sie nicht widerrufen wird:	Datum, Stempel und Unterschrift der Behörde
				vom 2002 an bis zum 31. 12. 2002	I. A.
in Buch- staben	tausend		Zehner und Fünf- zig- hundert	vom 2002 an bis zum 31. 12. 2002	I. A.
in Buch- staben	tausend		Zehner und Fünf- zig- hundert	vom 2002 an bis zum 31. 12. 2002	I. A.

IV. Für die Berechnung der Lohnsteuer sind dem Arbeitslohn hinzuzurechnen:

Jahresbetrag Euro	monatlich Euro	wöchentlich Euro	täglich Euro	Diese Eintragung gilt, wenn sie nicht widerrufen wird:	Datum, Stempel und Unterschrift der Behörde
				vom 2002 an bis zum 31. 12. 2002	I. A.
in Buch- staben	tausend		Zehner und Fünf- zig- hundert	vom 2002 an bis zum 31. 12. 2002	I. A.

V. Lohnsteuerbescheinigung für das Kalenderjahr 2002 und besondere Angaben

1. Dauer des Dienstverhältnisses	vom – bis		vom – bis		vom – bis	
2. Zeiträume ohne Anspruch auf Arbeitslohn	Anzahl „U“:		Anzahl „U“:		Anzahl „U“:	
	Euro	Ct	Euro	Ct	Euro	Ct
3. Bruttoarbeitslohn einschl. Sachbezüge ohne 9. und 10.						
4. Einbehaltene Lohnsteuer von 3.						
5. Einbehaltener Solidaritätszuschlag von 3.						
6. Einbehaltene Kirchensteuer des Arbeitnehmers von 3.						
7. Einbehaltene Kirchensteuer des Ehegatten von 3. (nur bei konfessionsverschiedener Ehe)						
8. In 3. enthaltene steuerbegünstigte Versorgungsbezüge						
9. Steuerbegünstigte Versorgungsbezüge für mehrere Kalenderjahre						
10. Ermäßigter steuerer Arbeitslohn für mehrere Kalenderjahre (ohne 9.) und ermäßigter besteuerte Entschädigungen						
11. Einbehaltene Lohnsteuer von 9. und 10.						
12. Einbehaltener Solidaritätszuschlag von 9. und 10.						
13. Einbehaltene Kirchensteuer des Arbeitnehmers von 9. und 10.						
14. Einbehaltene Kirchensteuer des Ehegatten von 9. und 10. (nur bei konfessionsverschiedener Ehe)						
15. Kurzarbeitergeld, Winterausstufung, Zuschüsse zum Mutterschaftsgeld, Vordienstleistungsentschädigung (Intensivschützengesetz), Aufstockungsbetrag und Altersbezugszuschlag						
16. Steuerfreier Arbeitslohn nach						
Doppelbesteuerungsabkommen						
Auslandstätigkeitsnachlass						
17. Steuerfreie Arbeitgeberleistungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte						
18. Pauschalbesteuerte Arbeitgeberleistungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte						
19. Steuerfreie Beiträge des Arbeitgebers an eine Pensionskasse oder einen Pensionsfonds						
20. Steuerpflichtige Entschädigungen und Arbeitslohn für mehrere Kalenderjahre, die nicht ermäßig besteuert wurden in 3. enthalten						
21. Steuerfreie Vorpflegungszuschüsse bei Auswärtstätigkeit						
22. Steuerfreie Arbeitgeberleistungen bei doppelter Haushaltsführung						
23. Steuerfreie Arbeitgeberzuschüsse zur freiwilligen Krankenversicherung und zur Pflegeversicherung						
24. Arbeitnehmeranteil am Gesamtsozialversicherungsbeitrag						
25. Ausgezahltes Kindergeld						
Anschrift des Arbeitgebers (lohnsteuerliche Betriebsstätte) Firmenstempel, Unterschrift; Finanzamt, an das die Lohnsteuer abgeführt wurde (Name und dessen vierstellige Nr.)						

B. Welche Einkommensarten müssen versteuert werden?

Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft

(§§ 13 - 14 a EStG)

Zu den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft gehören auch Einkünfte aus Weinbau, Gartenbau und sonstigen land- und forstwirtschaftlichen Nutzungen. Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft werden bei der Ermittlung des Gesamtbetrags der Einkünfte nur berücksichtigt, soweit sie den Betrag von 670 € übersteigen. Bei Ehegatten, die zusammen veranlagt werden, verdoppelt sich dieser Betrag auf 1.340 € (§ 13 Abs. 3 EStG). Der Freibetrag entfällt, wenn die Summe der Einkünfte höher als 30.700 € (bei Ehegatten 61.400 €) ist.

Einkünfte aus einem Gewerbebetrieb

(§§ 15 - 17 EStG)

Zu den Einkünften aus Gewerbebetrieb zählen z.B. die Einkünfte aus Handels-, Handwerks- und Industriebetrieben, aber auch die Gewinnanteile der Gesellschafter einer Offenen Handelsgesellschaft, einer Kommanditgesellschaft oder einer anderen Mitunternehmerschaft. Zu den Einkünften des Mitunternehmers gehören Vergütungen für seine Tätigkeit im Dienst der Gesellschaft oder für die zeitweise Überlassung von Wirtschaftsgütern. Hierzu zählen auch Zinserträge aus Darlehen, die er der Gesellschaft gewährt hat.

Einkünfte aus selbständiger Arbeit

(§ 18 EStG)

Einkünfte aus selbständiger Arbeit sind vornehmlich die Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit, also z.B. die selbständige Berufstätigkeit der Ärzte, Architekten, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Anwälte.

Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit

(§§ 19 - 19 a EStG)

Zu den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit gehören alle Einnahmen, die einem Arbeitnehmer aus einem Dienstverhältnis zufließen. Arbeitnehmer sind Personen, die in öffentlichen oder privaten Diensten stehen oder beschäftigt sind; ebenso Beamte, Geschäftsführer einer

GmbH und Vorstandsmitglieder einer AG. Dagegen sind Gesellschafter einer Personengesellschaft keine Arbeitnehmer im Sinne der Steuergesetzgebung, obgleich arbeitsrechtlich ein Arbeitsverhältnis bestehen kann.

Als Arbeitnehmer werden darüber hinaus ehemalige Arbeitnehmer behandelt, die nun Alters- oder Invaliditätsbezüge aus ihrem früheren Dienstverhältnis erhalten, sowie Hinterbliebene, denen Versorgungsbezüge aus dem Dienstverhältnis des Verstorbenen zustehen. Von den Versorgungsbezügen bleibt ein Betrag von 40 v.H., höchstens insgesamt 3.072 €, steuerfrei (Versorgungs-Freibetrag).

Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung sind keine Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit.

Lohnersatzleistungen, wie z.B. das Arbeitslosengeld, sind steuerfrei. Sie werden aber bei der Ermittlung des Steuersatzes berücksichtigt (sog. Progressionsvorbehalt, § 32b EStG).

Einkünfte aus Kapitalvermögen

(§ 20 EStG)

Zu den Einkünften aus Kapitalvermögen gehören u.a.

- Zinsen aus Forderungen (z.B. aus Sparguthaben, Darlehen, Anleihen, Investmentfonds),
- Dividenden aus Aktien,
- Gewinnanteile aus einer GmbH oder Genossenschaft.

Bei der Ermittlung der Einkünfte aus Kapitalvermögen ist nach Abzug der Werbungskosten oder des Werbungskosten-Pauschbetrages von 51 € (bei Verheirateten 102 €) seit dem Jahr 2000 ein Sparer-Freibetrag von 1.550 €/3.100 € Alleinstehende/Verheiratete) abzuziehen. Damit sind also Kapitalerträge bis 1.601 €/3.202 € (Alleinstehende/Verheiratete) einkommensteuerfrei.

Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung

(§ 21 EStG)

Zu versteuern sind die Einkünfte aus der Vermietung oder Verpachtung von Grundstücken oder Grundstücksteilen. Im Wesentlichen sind dies die Miet- oder Pachteinahmen für ein Haus, eine Wohnung, Geschäftsräume, Lagerflächen usw. Dagegen zählen die Einnahmen aus der Ver-

mietung beweglicher Sachen, z.B. die Einnahmen eines Autovermieters, nicht zu dieser Einkunftsart. Der Nutzungswert der eigenen Wohnung wird nicht besteuert.

Sonstige Einkünfte

(§§ 22 und 23 EStG)

Zu den sonstigen Einkünften gehören u.a. Einkünfte aus bestimmten wiederkehrenden Bezügen, Einkünfte aus dem Ertragsanteil der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung, Einkünfte aus Unterhaltsleistungen (soweit der Geber sie steuerlich absetzen kann), die Diäten der Abgeordneten und Einkünfte aus privaten Veräußerungsgeschäften.

Der Ertragsanteil einer Rente kann mit einem Zinsertrag verglichen werden, der auf eine durch Beitragsleistungen angesammelte Kapitalsumme gutgeschrieben wird. Die für die Ertragsanteile von lebenslänglichen Renten zutreffenden v.H.-Sätze richten sich nach dem beim erstmaligen Rentenbezug vollendeten Lebensjahr. Sie sind in der Tabelle in § 22 EStG aufgeführt.

Beispiele:

Der Ertragsanteil einer ab dem vollendeten 65. Lebensjahr bezogenen lebenslangen Altersrente beträgt 27 v.H. der jährlichen Rentenbezüge. Der Ertragsteil einer auf 5 Jahre – ab Beginn des Rentenbezugs bis zur Umwandlung in die Altersrente – beschränkten Erwerbsunfähigkeitsrente beträgt 9 v.H. der jährlichen Rentenbezüge.

Das bedeutet:

Bei dem Rentenempfänger werden im ersten Fall nur 27 v.H. bzw. im zweiten Fall nur 9 v.H. seiner Rente abzüglich Werbungskosten zur Einkommensteuer herangezogen.

Was ist mit Erbschaften, Schenkungen und Gewinnen?

Einkünfte, die nicht durch Beteiligung am wirtschaftlichen Verkehr in Erwerbsabsicht erzielt werden, z.B. Erbschaften, Schenkungen, Gewinne aus Spiel und Wette, Selbsthilfearbeiten (Nachbarschaftshilfe), unterliegen nicht der Einkommensteuer – teilweise aber anderen Steuerarten wie z.B. der Erbschaft- und Schenkungsteuer.

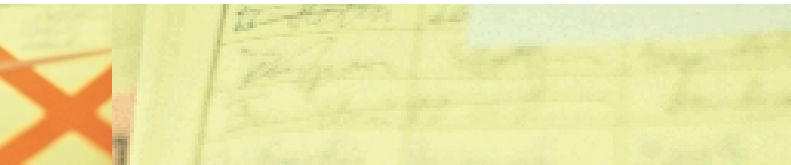
C. Wer muss und wer sollte eine Einkommensteuererklärung abgeben?

Wer muss eine Einkommensteuererklärung abgeben, und welche Fristen gelten?

Steuerpflichtige, die überwiegend keine Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, sondern aus den übrigen sechs Einkunftsarten erzielen, sind verpflichtet, jährlich eine Einkommensteuererklärung bei ihrem Finanzamt abzugeben. Von dieser Pflicht sind diejenigen ausgenommen, deren Einkommen unterhalb des Grundfreibetrages liegt. Die Einkommensteuererklärung muss bis zum 31. Mai des Folgejahres abgegeben werden. Wird der Steuerpflichtige steuerlich beraten oder ist er verhindert, so kann die Abgabefrist auf Antrag verlängert werden. Für Veranlagungen auf Antrag in Fällen von Verlustabzügen und Rücktrag des Baukindergeldes sowie für Land- und Forstwirte gelten unter Umständen besondere Fristen. Bei verspäteter Abgabe oder bei Nichtabgabe der Einkommensteuererklärung kann das Finanzamt einen Verspätungszuschlag von bis zu 10 v.H. der Einkommensteuer und Zwangsgelder festsetzen.

Muss jeder Lohnsteuerpflichtige eine Einkommensteuererklärung abgeben?

Mit dem Steuerabzug beim Lohn gilt die Einkommensteuer für diese Einkünfte als abgegolten, es sei denn, dass der Arbeitnehmer nach Ablauf des Kalenderjahres eine Einkommensteuerveranlagung beantragt oder unter bestimmten Voraussetzungen verpflichtet ist, eine Einkommensteuererklärung abzugeben.



Wann ist ein Arbeitnehmer verpflichtet, eine Einkommensteuererklärung abzugeben?

Für Arbeitnehmer wird eine Einkommensteuerveranlagung von Amts wegen nur in bestimmten Fällen durchgeführt, insbesondere wenn

- das Finanzamt auf der Lohnsteuerkarte einen Freibetrag eingetragen hat,
- die Einkünfte, von denen keine Lohnsteuer einbehalten worden ist, z. B. Einkünfte aus Zinsgutschriften oder Renten, insgesamt mehr als 410 € betragen,
- ein Arbeitnehmer von mehreren Arbeitgebern gleichzeitig Arbeitslohn bezogen hat,
- die steuerfreien Lohnersatzleistungen, wie z. B. Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Kurzarbeitergeld oder Krankengeld, sowie die steuerfreien Aufstockungsbeträge bei Altersteilzeit, insgesamt mehr als 410 € betragen,
- beide Ehegatten Arbeitslohn bezogen haben, und einer von ihnen nach der Steuerklasse V oder VI besteuert worden ist,
- die Einnahmen aus einer geringfügigen Beschäftigung nicht versteuert wurden, der Arbeitnehmer daneben aber noch andere in der Summe positive Einkünfte hatte.

Wann sollte ein Arbeitnehmer eine Einkommensteuererklärung abgeben?

Die Abgabe einer „freiwilligen“ Steuererklärung im Wege der sogenannten Antragsveranlagung kann für viele Steuerpflichtige sinnvoll sein, weil nur so bestimmte Steuervorteile geltend gemacht werden können. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn

- der Arbeitnehmer während des Kalenderjahrs nicht ununterbrochen in einem Dienstverhältnis gestanden hat,
- die Höhe des Arbeitslohns im Laufe des Kalenderjahres variierte und der Arbeitgeber keinen Lohnsteuer-Jahresausgleich für den Beschäftigten gemacht hat,
- sich die Steuerklasse im Laufe des Jahres zugunsten des Arbeitnehmers geändert hat, und dies auf der Steuerkarte noch nicht berücksichtigt worden ist,
- Werbungskosten, Sonderausgaben oder außergewöhnliche Belastungen entstanden sind, für die kein Freibetrag auf der Lohnsteuerkarte eingetragen wurde.

Welche Fristen gelten bei der Lohnsteuer?

Der Antrag auf Veranlagung nach § 46 Abs. 2 Nr. 8 EStG (zum Ausgleich zuviel einbehaltener Lohnsteuer) muss innerhalb einer Ausschlussfrist von 2 Jahren durch Abgabe der Einkommensteuererklärung gestellt werden. Später eingereichte Anträge sind unzulässig. Bei entschuldbarem Versäumnis kann aber auf Antrag die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gewährt werden – das heißt, die abgegebene Einkommensteuererklärung wird so behandelt, als ob sie rechtzeitig zugegangen wäre.



D. Checkliste: Einkommen- und Lohnsteuer im Überblick

Wer muss Einkommensteuer zahlen?

Einkommensteuer zahlt grundsätzlich jeder, der in Deutschland Geld verdient. Im Ausland von Deutschen erzielte Einkünfte können unter bestimmten Bedingungen ebenfalls eine Steuerpflicht nach sich ziehen.

Welches Finanzamt ist zuständig?

Prinzipiell ist das Finanzamt am Wohnort des Steuerpflichtigen zuständig.

Wie wird die Einkommensteuer erhoben?

Die Einkommensteuer wird entweder vorab durch Steuerabzug (Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer, Bauabzugsteuer) erhoben oder durch eine Veranlagung (Einkommensteuervorauszahlung) festgesetzt.

Wann müssen die Einkommensteuervorauszahlungen geleistet werden?

Die Einkommensteuervorauszahlungen sind vierteljährlich zu leisten: 10. März, 10. Juni, 10. September, 10. Dezember. Bei der Festsetzung der Vorauszahlung richtet sich das Finanzamt nach den Einkünften des vorangegangenen Jahres.

Was versteht man unter Lohnsteuer und wie wird sie erhoben?

Lohnsteuer ist keine eigene Steuer. Sie ist lediglich eine Erhebungsform der Einkommensteuer. Sie wird vom Arbeitgeber bei der Gehaltszahlung einbehalten und an das Finanzamt abgeführt.

Benötigt jeder Arbeitnehmer eine Lohnsteuerkarte?

Grundsätzlich benötigt jeder Arbeitnehmer eine Lohnsteuerkarte. Sie wird ihm von der Gemeinde oder Stadt zugeschickt. Die Lohnsteuerkarte muss dem Arbeitgeber abgeben werden.

Gibt es auch einen Lohnsteuerabzug ohne Lohnsteuerkarte?

Aushilfskräfte sind von der Abgabe einer Lohnsteuerkarte befreit, soweit der Arbeitgeber ihre Lohnsteuer pauschal abführt.

Was ist ein Lohnsteuerermäßigungsverfahren?

Arbeitnehmer können sich auf der Lohnsteuerkarte für bestimmte steuerlich anzuerkennende Aufwendungen Abzüge oder Freibeträge eintragen lassen. Auf diese Weise wirken sich die Abzugsmöglichkeiten bereits beim Lohnsteuerabzug steuermindernd aus.

Welche Einkommensarten müssen versteuert werden?

- Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft
- Einkünfte aus einem Gewerbebetrieb
- Einkünfte aus selbständiger Arbeit
- Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit
- Einkünfte aus Kapitalvermögen
- Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung
- sonstige Einkünfte

Was ist mit Erbschaften, Schenkungen und Gewinnen?

Erbschaften, Schenkungen und Gewinne unterliegen nicht der Einkommensteuer.

Wer muss eine Einkommensteuererklärung abgeben, und welche Fristen gelten?

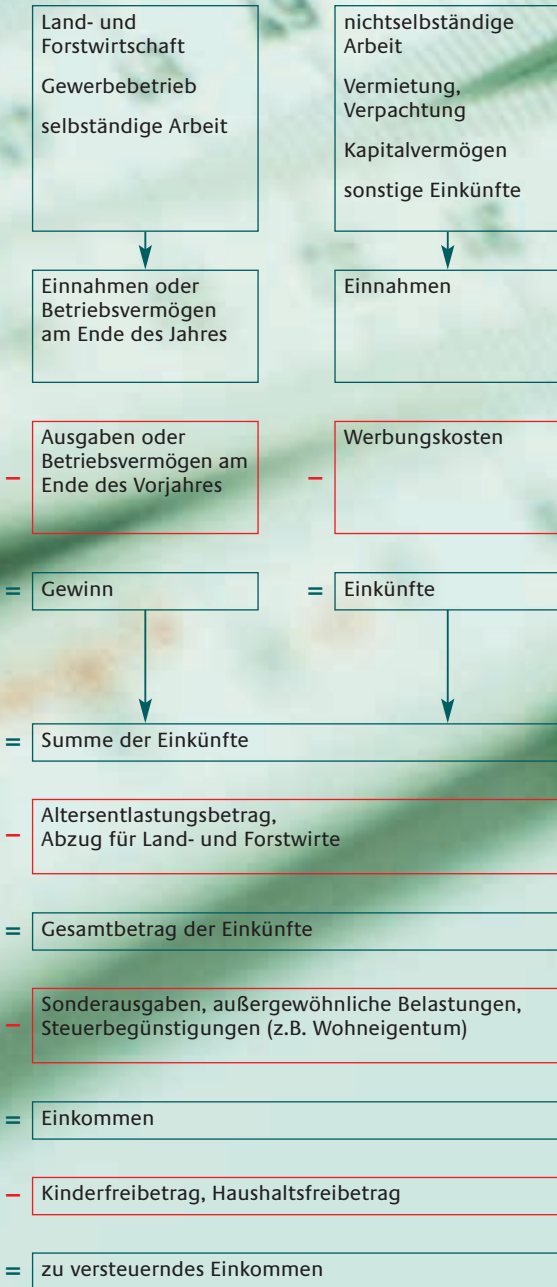
Grundsätzlich muss jeder, der nicht dem Lohnsteuerabzug unterliegt, eine Einkommensteuererklärung abgeben und zwar bis zum 31. Mai des nachfolgenden Jahres. Eine Fristverlängerung ist möglich.

Wann ist ein Arbeitnehmer verpflichtet, eine Einkommensteuererklärung abzugeben?

Arbeitnehmer müssen unter bestimmten Bedingungen trotz Lohnsteuerabzug eine Einkommensteuererklärung abgeben: Zum Beispiel wenn auf der Lohnsteuerkarte Freibeträge eingetragen sind oder für denselben Zeitraum von mehreren Arbeitgebern Arbeitslohn bezogen wurde.

Die Höhe des zu versteuernden Einkommens





A. Wie wird der Gewinn ermittelt?

Wann werden die Einkünfte als Gewinn ermittelt?

Bei den sog. Gewinneinkunftsarten, werden die Einkünfte (§ 2 EStG) als Gewinn ermittelt. Es sind dies die Einkünfte aus

- Land- und Forstwirtschaft,
- Gewerbebetrieb,
- selbständiger Arbeit.

Der steuerliche Gewinn kann auf dreierlei Weise ermittelt werden:

- als Betriebsvermögensvergleich nach § 4 Abs. 1 EStG,
- als Einnahmeüberschussrechnung nach § 4 Abs. 3 EStG,
- als Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen.

Wann muss der Betriebsvermögensvergleich angewendet werden (§ 4 Abs. 1 EStG)?

Der Gewinn definiert sich hierbei als Differenz zwischen dem Betriebsvermögen am Ende des Wirtschaftsjahres und dem Betriebsvermögen am Ende des vorangegangenen Wirtschaftsjahres. Zu diesem Unterschiedsbetrag muss der Steuerpflichtige noch seine Entnahmen aus dem Betriebsvermögen im Laufe des Wirtschaftsjahres hinzurechnen bzw. seine Einlagen abziehen.

Der Betriebsvermögensvergleich ist die gesetzlich vorgeschriebene Gewinnermittlungsmethode für Gewerbetreibende sowie Land- und Forstwirte, die nach handelsrechtlichen Vorschriften oder nach der Abgabenordnung verpflichtet sind, Bücher zu führen und Bilanzen zu erstellen. Werden freiwillig Bücher geführt und Bilanzen erstellt, ist der Besteuerung grundsätzlich ebenfalls der durch Betriebsvermögensvergleich ermittelte Gewinn zugrunde zu legen.

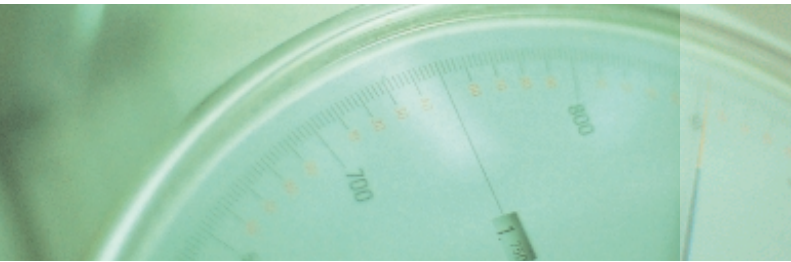
Wann kann die Einnahmeüberschussrechnung angewendet werden (§ 4 Abs. 3 EStG)?

Diese vereinfachte Methode der Gewinnermittlung kann der Steuerpflichtige anwenden, wenn er nicht zur Führung von Büchern verpflichtet ist und auch freiwillig keine

Bücher führt. Dies trifft hauptsächlich auf freiberuflich Tätige, kleinere Gewerbetreibende und bestimmte Formen der Land- und Forstwirtschaft zu. Die Methode stellt die Einnahmen eines Betriebes den Ausgaben gegenüber – die sich daraus ergebende Differenz ist der Gewinn. Als Betriebsausgaben gelten dabei alle Aufwendungen, die durch den Betrieb veranlasst sind (§ 4 Abs. 4 EStG).

Wer kann die Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen anwenden (§ 13 a EStG)?

Diese Methode gilt für bestimmte Land- und Forstwirte. Der Gewinn wird pauschal nach bestimmten Merkmalen ermittelt.



B. Was sind Überschusseinkünfte und Werbungskosten?

Wann werden die Einkünfte als Überschusseinkünfte ermittelt?

Einkunftsarten, die nicht zu den Gewinneinkunftsarten zählen (also alle außer Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbständiger Arbeit), sind Überschusseinkünfte. Die Einnahmen abzüglich der Werbungskosten ergeben diese Überschüsse.

Zu den Einnahmen zählt alles, was an Geld oder geldwerten Gütern eingenommen wird (also auch Sachzuwendungen). Es sind nur die Einnahmen anzusetzen, die dem Steuerpflichtigen innerhalb des Kalenderjahres zugeflossen sind.

Die Einnahmen sind um die Werbungskosten zu mindern, die im Kalenderjahr geleistet wurden. Anschaffungskosten für Wirtschaftsgüter mit mehrjähriger Nutzungsdauer sind als Absetzungen für Abnutzung (AfA) auf die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer des jeweiligen Wirtschaftsguts zu verteilen (z.B. die Anschaffungskosten eines Lastkraftwagens, einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage o.ä.).

Was sind Werbungskosten?

Werbungskosten sind alle Aufwendungen, die getätigt werden müssen, um Einnahmen zu erzielen, zu sichern und zu erhalten (§ 9 EStG).

Welche Werbungskosten werden bei Arbeitnehmern anerkannt?

Da die Werbungskosten zur Erwerbung, zur Sicherung oder zur Erhaltung der Einnahmen dienen, dürfen sie vom Arbeitslohn abgezogen werden. Im Gegensatz dazu sind Kosten der privaten Lebensführung ohne ausdrückliche Regelung steuerlich nicht abziehbar. Aufwendungen für Ernährung, Kleidung und Wohnung, aber auch Repräsentationsaufwendungen können deshalb nicht abgezogen werden. Von Aufwendungen, die teilweise beruflichen und teilweise privaten Zwecken dienen, gilt der berufliche Anteil nur dann als Werbungskosten, wenn er nicht von untergeordneter Bedeutung ist und sich von den privaten Ausgaben leicht und einwandfrei trennen lässt.



Die gängigsten Werbungskosten sind:

**Aufwendungen für die Wege
zwischen Wohnung und Arbeitsstätte**

Seit 2001 kann jeder Arbeitnehmer unabhängig von dem gewählten Verkehrsmittel für den Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte ohne jeden steuerlichen Nachweis eine Entfernungspauschale geltend machen. Diese beträgt seit dem 1. Januar 2002 für die ersten 10 km jeweils 0,36 € und für jeden weiteren km 0,40 €.

Die Entfernungspauschale kann für jeden Tag nur einmal angesetzt werden. Zusätzliche Wege werden auch dann nicht mehr berücksichtigt, wenn sie wegen größerer Arbeitszeitunterbrechungen oder wegen eines zusätzlichen Arbeitseinsatzes erforderlich werden. Maßgebend ist grundsätzlich die kürzeste Straßenverbindung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, und zwar unabhängig vom tatsächlich benutzten Verkehrsmittel. Eine längere Straßenverbindung kann zugrunde gelegt werden, wenn sie offensichtlich verkehrsgünstiger ist und regelmäßig benutzt wird. Hat ein Arbeitnehmer mehrere Wohnungen, so ist die Straßenverbindung von der weiter entfernt liegenden Wohnung zu berücksichtigen, wenn sich dort der Mittelpunkt der Lebensinteressen des Arbeitnehmers, z.B. der Familienwohnsitz befindet.

Bei der Entfernungsberechnung bleiben Strecken außer Ansatz, die mit dem Flugzeug zurückgelegt werden; die Aufwendungen für Flüge werden in tatsächlicher Höhe und ggf. neben der Entfernungspauschale für die übrige Wegstrecke als Werbungskosten anerkannt.

Ergibt sich eine Entfernungspauschale von mehr als 5.112 € jährlich, wird der übersteigende Pauschbetrag nur berücksichtigt, soweit der Arbeitnehmer einen eigenen oder ihm zur Nutzung überlassenen Kraftwagen benutzt. Im Zweifel muss er dem Finanzamt nachweisen oder glaubhaft machen, dass tatsächlich ein Kraftfahrzeug in dem geltend gemachten Umfang benutzt worden ist.

Die Entfernungspauschale vermindert sich um nach § 3 Nr. 34 EStG steuerfreie oder nach § 40 Abs. 2 EStG pau-

schal versteuerte Arbeitgeberzuschüsse zu den Fahrtaufwendungen. Erhält der Arbeitnehmer keine Barzuschüsse, sondern steuerfreie Sachbezüge in Form von unentgeltlichen oder verbilligten Job-Tickets oder Freifahrten oder pauschal besteuerte Beförderungsleistungen, so sind auch diese Sachbezüge auf die Entfernungspauschale anzurechnen. Sachbezüge in Form der steuerfreien Sammelbeförderung (§ 3Nr. 32 EStG) sind von der Anrechnung ausgenommen.

Behinderte, deren Grad der Behinderung mindestens 70 beträgt oder Behinderte mit einem Behinderungsgrad von weniger als 70 aber mindestens 50, die in ihrer Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr erheblich beeinträchtigt sind, können anstelle der Entfernungspauschale die tatsächlichen Aufwendungen als Werbungskosten geltend machen. Ohne Nachweis werden bei Pkw-Benutzung 30 Cent je gefahrenen Kilometer (Hin- und Rückweg) anerkannt.

Arbeitnehmer, die ganz oder teilweise für Fahrten öffentliche Verkehrsmittel benutzen, können die sich aus der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel ergebenden tatsächlichen Aufwendungen zusätzlich als Werbungskosten ansetzen, soweit diese den als Entfernungspauschale insgesamt abziehbaren Betrag übersteigen.

Unfallkosten

Mit der Entfernungspauschale werden sämtliche Fahrzeugkosten abgegolten, also z.B. auch Garagenmiete, Parkgebühren, Finanzierungs- und Reparaturkosten. Unfallkosten können jedoch daneben berücksichtigt werden, wenn sich der Unfall auf der Fahrt zwischen Wohnung und Arbeitsstätte ereignet hat und nicht auf Alkoholeinfluss beruht.

Beiträge zu Berufsverbänden

Die Mitgliedsbeiträge zu Gewerkschaften und Berufsverbänden sind Werbungskosten.

Bewerbungskosten

Die Kosten für die Suche einer Arbeitsstelle sind Werbungskosten und damit abziehbar. Übliche Kosten sind die Aufwendungen für Inserate, Telefongespräche, Porto

und Fotokopien von Zeugnissen sowie Reisekosten anlässlich einer Vorstellung. Für den Abzug ist es unerheblich, ob die Bewerbung erfolgreich war.

Fortbildungskosten

Als Berufsbildung, d.h. Fortbildung im ausgeübten Beruf, werden anerkannt: Der Besuch von Lehrgängen, Kursen, Tagungen und Vortragsveranstaltungen sowie von Tages- und Abendschulen, wenn dort berufsbezogener Lehrstoff vermittelt wird. Berufsbildungskosten dürfen nicht mit Ausbildungskosten verwechselt werden. Letztere dienen der Ausbildung zu einem bisher nicht ausgeübten Beruf und können nur in beschränktem Umfang als Sonderausgaben abgezogen werden.

Neben den Aufwendungen, die sich direkt auf die Fortbildung beziehen, wie z.B. Prüfungsgebühren, Fachliteratur, Schreibmaterial usw., können auch die durch die Fortbildung veranlassten Fahrtkosten und Verpflegungsmehraufwendungen geltend gemacht werden. Ersatzleistungen von dritter Seite, z.B. vom Arbeitgeber, müssen jedoch von den Aufwendungen abgezogen werden.



Reisekosten

Die Kosten einer Dienstreise (vorübergehende Auswärtstätigkeit) dürfen angesetzt werden. Zu den unmittelbar mit einer Dienstreise zusammenhängenden Kosten zählen Fahrtkosten, Verpflegungsmehraufwendungen, Unterbringungskosten bei mehrtägigen Reisen sowie Nebenkosten wie Aufwendungen für die Beförderung und Aufbewah-

rung von Gepäck, für Telefon, Porto und Parkplatz. Eine Dienstreise liegt vor, wenn ein Arbeitnehmer außerhalb seiner Wohnung und seiner regelmäßigen Arbeitsstätte beruflich tätig wird. Bis auf die zwei folgenden Ausnahmen müssen die Aufwendungen einzeln nachgewiesen werden:

- Bei Benutzung eines eigenen oder zur Nutzung überlassenen Fahrzeugs kann anstelle der nachgewiesenen Kosten ein Pauschsatz für den gefahrenen Kilometer geltend gemacht werden, und zwar
- | | |
|-------------------------------------|---------|
| | ab 2002 |
| - beim Pkw | 0,30 € |
| - beim Motorrad
oder Motorroller | 0,13 € |
| - beim Moped oder Mofa | 0,08 € |
| - beim Fahrrad | 0,05 € |

Für jede Person, die aus beruflicher Veranlassung bei einer Dienstreise mitgenommen wird, erhöhen sich der Kilometersatz beim Pkw um 0,02 € und beim Motorrad um 0,01 €.

- Für Verpflegungsmehraufwendungen bei Dienstreisen sind unabhängig von der Höhe der tatsächlichen Aufwendungen folgende Pauschbeträge anzusetzen:

Reisedauer pro Kalendertag in Stunden	€
mindestens 8	6
mindestens 14	12
24	24

Die für die Pauschbeträge maßgebende Abwesenheitsdauer bezieht sich auf den jeweiligen Kalendertag. Eine auf zwei Kalendertage fallende Nachtschicht ist deshalb entsprechend aufzuteilen. Mehrere Abwesenheitszeiten an einem Kalendertag sind zusammenzurechnen. Soweit für denselben Zeitraum Verpflegungsmehraufwendungen wegen einer Dienstreise, Fahrtätigkeit oder Einsatzwechseltätigkeit oder wegen einer doppelten Haushaltsführung anzuerkennen sind, ist jeweils der höchste Pauschbetrag anzusetzen. Für Auslandsreisen mit einer täglichen Abwesenheit von 24 Stunden gelten höhere Pauschbeträge.

Reisekosten können aber nur insoweit als Werbungskosten anerkannt werden, als sie nicht vom Arbeitgeber steuerfrei erstattet worden sind.



Verpflegungsmehraufwendungen bei Fahrtätigkeit und bei ständig wechselnden Einsatzstellen

Arbeitnehmer, die ihre regelmäßige Arbeitsstätte auf einem Fahrzeug haben, z.B. Berufskraftfahrer, Beifahrer, Linienbusfahrer, Straßenbahnführer, Taxifahrer, Lokführer und Zugbegleitpersonal, oder die infolge ihrer beruflichen Tätigkeit typischerweise nur an ständig wechselnden Einsatzstellen beschäftigt werden, z.B. Bau- oder Montagearbeiter, Leiharbeiter oder Mitglieder einer Betriebsreserve für Filialbetriebe, können die Verpflegungsmehraufwendungen mit den Pauschbeträgen für Dienstreisen ansetzen. Für die Ermittlung der Pauschbeträge ist allein die Dauer der Abwesenheit von der Wohnung am jeweiligen Kalendertag maßgebend.

Doppelte Haushaltsführung

Wer außerhalb des Ortes beschäftigt ist, an dem er einen Familienhausstand unterhält, und aus beruflichem Anlass am Beschäftigungsort eine Zweitwohnung nimmt, kann in den ersten 2 Jahren die dadurch entstehenden Fahrtaufwendungen und Zweitwohnungskosten als Werbungskosten absetzen. Mehraufwendungen für Verpflegung können nur in Höhe der für Dienstreisen geltenden Pauschbeträge (6, 12 oder 24 €) und nur für die ersten 3 Monate der doppelten Haushaltsführung angesetzt werden. Diese Begrenzung gilt für alle Arbeitnehmer. Reiste der Beschäftigte unmittelbar vor Aufnahme der doppel-

ten Haushaltsführung bereits beruflich an den neuen Beschäftigungsort, wird die Dauer dieser Dienstreise auf die Dreimonatsfrist angerechnet. Die Fahrtkosten für die erste Hinfahrt und die letzte Rückfahrt innerhalb der Zweijahresfrist sind in tatsächlicher Höhe anzusetzen. Beim Pkw werden ohne Einzelnachweis 0,30 € anerkannt. Für die Aufwendungen für eine Familienheimfahrt wöchentlich gilt die verkehrsmittelunabhängige Entfernungspauschale, die jedoch für jeden vollen Kilometer der kürzesten Straßenverbindung zwischen dem Ort des eigenen Hausstandes und dem Beschäftigungsort einheitlich mit 0,40 € zu berechnen ist. Auch hier bleiben mit dem Flugzeug zurückgelegte Wegstrecken außer Betracht; die Aufwendungen für den Flug können ggf. neben der Entfernungspauschale für die Wege zum Flughafen in tatsächlicher Höhe geltend gemacht werden. Die Begrenzung der Entfernungspauschale auf 5.112 € gilt nicht für Familienheimfahrten. Nach § 3 Nr. 13 oder 16 EStG steuerfreie Leistungen des Arbeitgebers für Familienheimfahrten werden nach § 3 c EStG auf die Entfernungspauschale angerechnet. Nach Ablauf der Zweijahresfrist gelten die Familienheimfahrten als Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte.



Die Zweitwohnungskosten dürfen in ihrer tatsächlich angefallenen Höhe abgezogen werden, soweit sie üblich und nicht überhöht sind.

Bei Arbeitnehmern ohne eigenen Hausstand gilt ein Wohnungswechsel an den Beschäftigungsort oder in dessen Nähe allgemein für eine Übergangszeit von drei Monaten

nach Aufnahme der Beschäftigung am neuen Beschäftigungsort als doppelte Haushaltsführung, wenn der Arbeitnehmer den Mittelpunkt seiner Lebensinteressen mit seiner Wohnung am bisherigen Wohnort beibehält.

Die doppelte Haushaltsführung wird darüber hinaus in der Folgezeit nur anerkannt, wenn

- der Arbeitnehmer für eine verhältnismäßig kurze Dauer (längstens für drei Jahre) am selben Ort beschäftigt wird, oder
- der Arbeitnehmer am Beschäftigungsort eine nach objektiven Maßstäben angemessene Wohnung nicht finden kann.

Diese Arbeitnehmer können Unterkunfts- und Fahrtkosten sowie Verpflegungsmehraufwendungen in der gleichen Höhe abziehen wie Arbeitnehmer mit Familienhausstand.

Berufskleidung

Auch die Anschaffungs- und Reinigungskosten der typischen Berufskleidung sind Werbungskosten. Typische Berufskleidung sind Kleidungsstücke, die als Arbeitsschutzkleidung auf die jeweils ausgeübte Berufstätigkeit zugeschnitten sind (z.B. Labor- oder Ärztekittel, Arbeitsanzüge von Monteuren, Sicherheitsschuhe und Helme der Bauhandwerker) oder die objektiv eine berufliche Funktion erfüllen (z.B. Uniformen bei Polizei und Post). Die übliche Straßenbekleidung, normale Schuhe und Unterwäsche gehören nicht dazu.

Umzugskosten

Umzugskosten sind dann Werbungskosten, wenn die Wohnung aus beruflichen Gründen gewechselt wird. Ein Wohnungswechsel ist beruflich veranlasst, wenn sich dadurch die Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte erheblich verkürzt (i.d.R. tägliche Fahrzeitverkürzung um mindestens 1 Stunde), oder wenn der Arbeitnehmer auf Weisung seines Arbeitgebers eine Dienstwohnung beziehen oder räumen muss.

Die Umzugskosten werden bis zur Höhe des Betrags als Werbungskosten anerkannt, der nach dem Bundesum-

zugskostenrecht als Umzugskostenvergütung höchstens gezahlt wird.



Arbeitsmittel

Zu den Arbeitsmitteln gehören vor allem Werkzeuge, Fachbücher und Fachzeitschriften. Neben den Anschaffungskosten können auch die Kosten ihrer Reparatur als Werbungskosten angesetzt werden. Arbeitsmittel, die nicht mehr als 410 € (ohne Umsatzsteuer) kosten, können im Jahr der Anschaffung voll abgesetzt werden. Sind die Anschaffungskosten höher als 410 €, müssen sie anhand der AfA-Tabellen auf die Jahre der voraussichtlichen Nutzungsdauer verteilt werden.

Kontoführungsgebühren

Kontoführungsgebühren sind Werbungskosten, soweit sie aufgrund von Gutschriften für den Arbeitslohn und beruflich veranlasster Überweisungen entstehen. Ohne Einzelnachweis erkennt das Finanzamt pauschal 16 € jährlich an.

Was sind Pauschbeträge?

Werbungskosten können teilweise als Pauschbeträge abgezogen werden, wenn sich keine höheren Aufwendungen nachweisen lassen. Die gängigsten Pauschbeträge sind:
z.B.

- Bei Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit gilt ein Arbeitnehmer-Pauschbetrag von 1.044 €
- Bei Einnahmen aus Kapitalvermögen gilt ein Werbungskosten-Pauschbetrag
 - für Alleinstehende von 51 €,
 - für zusammen veranlagte Ehegatten von 102 €.
- Bei Einkünften aus wiederkehrenden Bezügen (z.B. Leihrenten oder zu versteuernden Unterhaltsleistungen) gilt ein Werbungskosten-Pauschbetrag von 102 €.

Werbungskosten, die den Arbeitnehmer-Pauschbetrag übersteigen, können als Freibetrag auf der Lohnsteuerkarte eingetragen werden. Ein Freibetrag wegen erhöhter Werbungskosten wird nur eingetragen, wenn die Sonderausgaben, außergewöhnlichen Belastungen sowie der Teil der Werbungskosten, der den Arbeitnehmer-Pauschbetrag übersteigt, insgesamt mehr als 614 € betragen.

Die notwendigen amtlichen Vordrucke erhalten Sie bei Ihrem zuständigen Finanzamt.

C. Wie errechnet sich die Summe der Einkünfte?

Was bedeutet die Summe der Einkünfte?

Die Summe der Einkünfte ist der ermittelte Gewinn plus Überschusseinkünfte. Verluste können innerhalb der jeweiligen Einkunftsart unbeschränkt ausgeglichen werden. Zwischen den einzelnen Einkunftsarten ist der Verlustausgleich hingegen auf insgesamt 51.500 € (bei Ehegatten 103.000 €) beschränkt. Höhere Verluste können nur bis zur Hälfte der verbleibenden positiven Einkünfte abgezogen werden.

Der Summe der Einkünfte ist je nachdem noch um einen Altersentlastungsbetrag oder einen Abzug für Land- und Forstwirte zu mindern. Das Ergebnis nennt man den Gesamtbetrag der Einkünfte.

Altersentlastungsbetrag (§ 24 a EStG):

Als Altersentlastungsbetrag werden bei Steuerpflichtigen, die vor Beginn des Kalenderjahrs das 64. Lebensjahr vollendet haben, 40 v.H. des Arbeitslohns und der positiven Summe der übrigen Einkünfte abgezogen – höchstens jedoch 1.908 €. Einkünfte aus Versorgungsbezügen und aus Leibrenten bleiben bei der Bemessung außer Betracht, da sie bereits aufgrund des Versorgungsfreibetrages bzw. der Ertragsanteilsbesteuerung ermäßigt besteuert werden.



D. Wie errechnet sich aus der Summe der Einkünfte das zu versteuernde Einkommen?

Welche Abzüge mindern das zu versteuernde Einkommen?

Das zu versteuernde Einkommen ist die Summe der Einkünfte bzw. der Gesamtbetrag der Einkünfte minus bestimmte Abzüge minus Freibeträge für Kinder und minus Haushaltsfreibetrag. Aus diesem zu versteuernden Einkommen ergibt sich die Höhe der Steuerschuld.

Zu den Abzugsmöglichkeiten zählen:

- der Verlustabzug,
- die Sonderausgaben,
- die Abzugsbeträge für selbstgenutztes Wohneigentum,
- außergewöhnliche Belastungen.

Was heißt Verlustabzug?

Bevor Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen und sonstigen Abzugsbeträge berücksichtigt werden, sind negative Einkünfte (Verluste) ansetzen, die bei der Ermittlung des Gesamtbetrags der Einkünfte nicht ausgeglichen werden (§ 10 d EStG) und deren Ausgleich oder Abzug nicht nach anderen Vorschriften ausgeschlossen ist. Sie können wahlweise zunächst in das dem Verlustentstehungsjahr vorausgegangene Jahr bis zu 2 Mio. DM (ab

2001 bis zu 1 Mio. DM bzw. 511.500 € ab 2002) zurückgetragen werden. Soweit sie in dem Vorjahr nicht abgezogen worden sind, sind sie zeitlich unbeschränkt auf die Folgejahre vorzutragen.

Auch beim Verlustabzug können negative Einkünfte innerhalb einer Einkunftsart unbeschränkt, zwischen verschiedenen Einkunftsarten bis zu 51.500 € (bei Ehegatten 103.000 €) zuzüglich der Hälfte der verbleibenden positiven Einkünfte verrechnet werden.

Welche Sonderausgaben gibt es (§10 EStG)?

Sonderausgaben sind im Gesetz abschließend aufgezählt. Sie sind häufig nur bis zu bestimmten Höchstbeträgen abziehbar.

Zu den wohl bekanntesten Sonderausgaben zählen die Vorsorgeaufwendungen. Hierzu gehören Beiträge zu

- Kranken-, Pflege-, Unfall- und Haftpflichtversicherungen, den gesetzlichen Rentenversicherungen, der Arbeitslosenversicherung,
- bestimmten Risiko-, Renten- und Lebensversicherungen und
- einer zusätzlichen freiwilligen Pflegeversicherung.

Sie sind vorweg bis zu 3.068 € steuerlich absetzbar. Bei zusammenveranlagten Ehegatten verdoppelt sich dieser Betrag auf 6.136 €. Durch diesen so genannten Vorwegabzug sollen in erster Linie die Personen, z.B. Selbständige, entlastet werden, die ihre Altersversorgung voll aus eigenen Mitteln bestreiten müssen. Bei Personen, die steuerfreie Arbeitgeberbeiträge für die Zukunftssicherung erhalten (z.B. Arbeitnehmer), oder die ohne eigene Aufwendungen einen Anspruch auf Altersversorgung erwerben (z.B. Beamte oder bestimmte Mandatsträger) wird dieser Höchstbetrag um 16 v.H. der Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit (ohne Versorgungsbezüge) oder der Ausübung eines Mandats im Sinne des § 22 Nr. 4 EStG gekürzt.

Versicherungsbeiträge, die nicht im Rahmen des Vorwegabzugs berücksichtigt werden können, sind darüber hinaus bis zum Grundhöchstbetrag von 1.334 € bei der Ermittlung des Einkommens abziehbar. Bei zusammenver-

anlagten Ehegatten verdoppelt sich dieser Grundhöchstbetrag auf 2.668 €.

Darüber hinausgehende Vorsorgeaufwendungen können zur Hälfte, höchstens jedoch bis zur Hälfte der Grundhöchstbeträge abgezogen werden.

Die Beiträge zu einer zusätzlichen freiwilligen Pflegeversicherung können von Steuerpflichtigen, die nach dem 31. Dezember 1957 geboren sind, zusätzlich bis höchstens 184 € abgezogen werden.



Was ist eine Vorsorgepauschale?

Wie zuvor erläutert, wird bei Arbeitnehmern die Einkommensteuer als Lohnsteuer direkt vom Lohn/Gehalt abgeführt. Um hier nicht vorab zuviel Steuern einzubehalten, die der Arbeitnehmer nur im Wege der Einkommensteuererklärung zurückerhielte, wird bereits ein Teil der möglichen Vorsorgeaufwendungen als Vorsorgepauschale bei der Lohnsteuerberechnung abgezogen. Die Vorsorgepauschale wird auch bei der Einkommensteuerveranlagung von Arbeitnehmern berücksichtigt, sofern keine höheren Vorsorgeaufwendungen geltend gemacht werden.

Die Pauschale, die 20 v.H. des Arbeitslohns nicht überschreitet, setzt insbesondere die Arbeitnehmerbeiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung als Vorsorgeaufwendungen an.

- bei Arbeitnehmern, die der gesetzlichen Sozialversicherung unterliegen, berechnet sich die Vorsorgepauschale wie folgt:
- 20 v.H. des Arbeitslohns (Bruttolohn abzüglich Altersentlastungsbetrag und Versorgungsfreibetrag), höch-

- stens: 3.068 €/6.136 € vermindert um 16 v.H. des Arbeitslohns (Betrag 1),
- zuzüglich 20 v.H. des Arbeitslohns abzüglich des Betrages 1, höchstens: 1.334 €/2.668 € (Betrag 2),
 - zuzüglich die Hälfte des Restbetrages von 20 v.H. des Arbeitslohns, abzüglich der Beträge 1 und 2, höchstens: 667 €/1.334 €.
 - bei Arbeitnehmern, die nicht der gesetzlichen Rentenversicherung unterliegen, beträgt die Vorsorgepauschale 20 v.H. des Arbeitslohns - höchstens 1.132 €/2.264 €.

Die Vorsorgepauschale ist auf den nächsten durch 36 (bis 2001: 54) teilbaren Betrag, ab 2003 auf den nächsten vollen Euro-Betrag abzurunden.

Können Vorsorgeaufwendungen als Freibeträge auf der Lohnsteuerkarte eingetragen werden?

Vorsorgeaufwendungen können wegen der Vorsorgepauschale nicht als Freibetrag auf der Lohnsteuerkarte eingetragen werden. Beträge, welche die Vorsorgepauschale übersteigen und die noch im Rahmen der Höchstbeträge liegen, ermäßigen erst bei der Veranlagung zur Einkommensteuer die Steuerschuld.

Was zählt zu den sonstigen Sonderausgaben?

Sonstige Sonderausgaben sind z.B.

- Unterhaltsleistungen an den geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten bis zu 13.805 € jährlich, wenn der Geber dies mit Zustimmung des Empfängers beantragt. Die Zustimmung ist grundsätzlich bis auf Widerruf wirksam. Ein Widerruf wirkt nur für künftige Kalenderjahre. Der Empfänger muss die Unterhaltsleistungen als Einkünfte versteuern,
- auf besonderen Verpflichtungsgründen beruhende Renten und dauernde Lasten,
- gezahlte Kirchensteuer,
- Steuerberatkungskosten,
- Aufwendungen für die Berufsausbildung oder Weiterbildung in einem nicht ausgeübten Beruf bis 920 € (bei auswärtiger Unterbringung 1.227 €),
- Aufwendungen bis zu 30 v.H. des Entgelts für den Besuch bestimmter Schulen (außer für Beherbergung, Betreuung

- und Verpflegung) durch ein Kind, für das der Steuerpflichtige einen Kinderfreibetrag oder Kindergeld erhält,
- Spenden und bestimmte Mitgliedsbeiträge zur Förderung mildtätiger, kirchlicher, religiöser, wissenschaftlicher und gemeinnütziger Zwecke und
 - Spenden und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien bis zur Höhe von 1.534 € (bei zusammenveranlagten Ehegatten 3.068 €), soweit dafür nicht bereits eine Steuerermäßigung gewährt wurde.

Sonstige Sonderausgaben können, soweit sie den Sonderausgaben-Pauschbetrag von 36 € (bei Ehegatten 72 €) übersteigen, auf der Lohnsteuerkarte als Freibetrag eingetragen werden. Das Finanzamt trägt den Freibetrag allerdings nur dann ein, wenn er um mehr als 613 € über dem Pauschbetrag liegt. Ausgenommen von dieser Einschränkung sind die Pauschbeträge für Behinderte.

Der Antrag ist auf amtlichen Vordrucken zu stellen, die Sie bei Ihrem Finanzamt erhalten.

Wie werden Beiträge zur zusätzlichen privaten Altersvorsorge berücksichtigt (§ 10a EStG)?

Als Sonderausgabenabzug geltend gemacht werden können Altersvorsorgeleistungen:

in den Veranlagungszeiträumen	
2002 und 2003	bis zu 525 €
in den Veranlagungszeiträumen	
2004 und 2005	bis zu 1.050 €
in den Veranlagungszeiträumen	
2006 und 2007	bis zu 1.575 €
ab dem Veranlagungszeitraum	
2008 jährlich	bis zu 2.100 €

Der Sonderausgabenabzugsbetrag ist unabhängig von der tatsächlichen Höhe des individuellen Einkommens. Bei dem Abzugsbetrag handelt es sich nicht um einen Freibetrag, sondern um einen Höchstbetrag, bis zu dem Sparbeiträge zugunsten eines Altersvorsorgevertrags berücksichtigt werden können. Innerhalb der Höchstgrenzen des § 10a Abs. 1 EStG gehören zu den begünstigten Altersvorsorgeaufwendungen die vom Steuerpflichtigen selbst

geleisteten Altersvorsorgebeiträge sowie der ihm zustehende Zulageanspruch.

Was ist eine Altersvorsorgezulage bei der privaten Altersvorsorge (§§ 79-99 EStG)?

Die Altersvorsorgezulage setzt sich aus einer Grundlage und einer Kinderzulage zusammen. Voraussetzung für die volle Gewährung der Altersvorsorgezulage ist, dass sich auch der Zulageberechtigte an dem Aufbau eines Altersvorsorgevermögens beteiligt. Aus diesem Grund ist die Gewährung der vollen Zulage von einem bestimmten Mindesteigenbeitrag abhängig. Wird dieser nicht oder nur teilweise erbracht, wird die Zulage nach dem Verhältnis der Altersvorsorgebeiträge zum Mindesteigenbeitrag entsprechend gekürzt. Erbringt der Zulageberechtigte beispielsweise nur 50% des für ihn maßgebenden Mindesteigenbeitrags, erhält er auch nur 50% der staatlichen Altersvorsorgezulage.



Die Grundzulage beträgt

in den Jahren 2002 und 2003	38 €
in den Jahren 2004 und 2005	76 €
in den Jahren 2006 und 2007	114 €
ab dem Jahr 2008	154 €

Die Kinderzulage beträgt für jedes Kind, für das der Zulageberechtigte Kindergeld erhält:

in den Veranlagungszeiträumen	
2002 und 2003	46 €
in den Veranlagungszeiträumen	
2004 und 2005	92 €
in den Veranlagungszeiträumen	
2006 und 2007	138 €
in den Veranlagungszeiträumen	
2002 und 2003	185 €



Die Kinderzulage wird - genauso wie das Kindergeld - insgesamt nur einmal je Kind gewährt. Sie wird grundsätzlich demjenigen Zulageberechtigten zugeordnet, der auch das Kindergeld ausgezahlt bekommt. Mit dieser Regelung wird erreicht, dass die Kinderzulage in der Regel dem Elternteil zugute kommt, der die Erziehungsleistungen erbringt. Dieser Elternteil bekommt aufgrund des Obhutsprinzips im Kindergeldrecht auch das Kindergeld ausgezahlt. Erfüllen die Eltern die Voraussetzungen des § 26 Abs. 1 EStG (nicht dauernd getrennt lebend/unbeschränkte Steuerpflicht beider Eltern), dann wird die Kinderzulage – abweichend von der tatsächlichen Kindergeldauszahlung – grundsätzlich der Mutter gewährt, es sei denn, die Ehepartner beantragen, dass diese dem Vater zugerechnet werden soll.

Welche Abzugsbeträge gibt es für selbstgenutztes Wohneigentum?

Bauherren oder Erwerber einer zu eigenen Wohnzwecken genutzten Wohnung, die vor dem 1.1.1996 ihren Bauantrag gestellt oder ihren Kaufvertrag abgeschlossen haben, können weiter über acht Jahre Abzugsbeträge wie Sonderausgaben abziehen (§ 10 e EStG). Begünstigt sind nach dieser Vorschrift auch Ausbauten und Erweiterungen an einer solchen Wohnung. Bei Bauantrag oder Kaufvertrag nach dem 31.12.1995 richtet sich die steuerliche Wohneigentumsförderung nach dem Eigenheimzulagengesetz. Die Eigenheimzulage kann nach Bezug der Wohnung unabhängig von der Festsetzung der Einkommensteuer beantragt werden.

Wann wird selbstgenutztes Wohneigentum gefördert?

Das Eigenheimzulagengesetz fördert über acht Jahre hinweg mit einer jährlichen Zulage von 2.556 € Neubauten und 1.278 € Altbauten. Die Schaffung zusätzlichen Wohnraums durch Ausbau oder Erweiterung der Wohnung wird ebenfalls mit 1.278 € über acht Jahre hinweg gefördert. Darüber hinaus wird zusätzlich eine Kinderzulage von 767 € je Kind gewährt. Die Errichtung eines Niedrigenergiehauses unterstützt der Staat mit weiteren 205 €, ebenso wie den Einbau energiesparender Anlagen mit bis zu 256 € (befristet bis Ende 2002).

Die Inanspruchnahme der Eigenheimzulage ist ebenso wie auch schon § 10 e EStG an bestimmte Einkunftsgrenzen und Objektverbrauchsregeln gebunden.

Für Erhaltungs- und nachträgliche Herstellungsarbeiten an zu eigenen Wohnzwecken genutzten Gebäuden kann der Eigentümer eine 15prozentige Investitionszulage nach § 4 des Investitionszulagengesetzes von 1999 erhalten. Auch die Investitionszulage ist unabhängig von der Festsetzung der Einkommensteuer beim Finanzamt zu beantragen.

Besonders gefördert werden auch zu eigenen Wohnzwecken genutzte Baudenkmale oder Gebäude, die in Sanierungsgebieten oder städtebaulichen Entwicklungsbereichen gelegen sind (§ 10 f EStG).

Der Eigentümer kann in diesen Fällen von den Herstellungskosten, bestimmten Anschaffungskosten, oder Erhaltungsaufwendungen 10 Jahre lang jeweils bis zu 10 v.H. wie Sonderausgaben abziehen. Der Eigentümer muss sich jedoch von der zuständigen Landesbehörde die denkmal- und baurechtlichen Voraussetzungen dieser Steuerbegünstigung (z.B. die Denkmaleigenschaft des Gebäudes) bescheinigen lassen.

Die Abzugsbeiträge für steuerlich gefördertes Wohneigentum sowie für schutzwürdige Kulturgüter können als Freibeträge auf der Lohnsteuerkarte vermerkt werden.

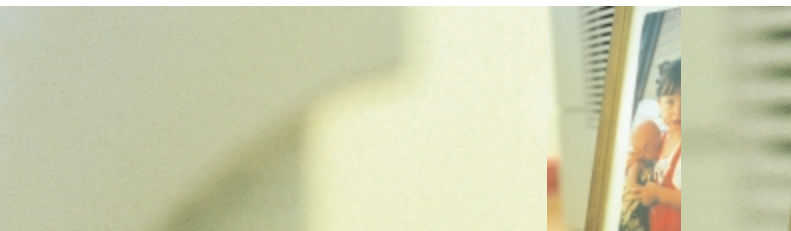
Mindern Kinder die Steuerlast?

Elterneinkommen in Höhe des sächlichen Existenzminimums und des Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarfs ihrer Kinder wird steuerlich freigestellt. Dies wird durch Abzug von Freibeträgen oder durch Zahlung von Kindergeld erreicht. Im Laufe des Jahres wird grundsätzlich jeden Monat Kindergeld gezahlt. Das Kindergeld beträgt für die ersten drei Kinder jeweils 154 € monatlich und für jedes weitere Kind 179 €. Bei der Veranlagung zur Einkommensteuer prüft das Finanzamt von Amts wegen, ob damit Einkommen in Höhe des sächlichen Existenzminimums (Kinderfreibetrag) und des Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarfs steuerfrei verbleibt. Hierfür wird – zusätzlich zum Kinderfreibetrag in Höhe von 3.648 € – ein Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf in Höhe von jährlich 1.548 € berücksichtigt. Erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten, die 1.548 € übersteigen, können bis zu weiteren 1.500 € als außergewöhnliche Belastungen geltend gemacht werden.

Reicht das Kindergeld nicht zur Steuerfreistellung dieser Beträge aus, so werden die Freibeträge abgezogen und das Kindergeld mit deren steuerlicher Wirkung verrechnet. Soweit das Kindergeld dazu nicht erforderlich ist, dient es der Förderung der Familien, und zwar vornehmlich der Familien mit geringerem Einkommen und mehreren Kindern.

Für den Abzug der Freibeträge werden berücksichtigt (§ 32 Abs. 1 EStG):

- leibliche Kinder, sofern das Verwandtschaftsverhältnis nicht durch Annahme erloschen ist,
- angenommene Kinder und
- Pflegekinder, die im Haushalt des Steuerpflichtigen in einer familienähnlichen, auf Dauer angelegten Beziehung leben. Voraussetzung ist, dass das Obhut- und Pflegeverhältnis zu den leiblichen Eltern nicht mehr besteht und der Steuerpflichtige das Kind zu einem nicht unwesentlichen Teil auf seine Kosten unterhält.
- Anspruch auf Kindergeld (§§ 62 ff EStG) besteht daneben für Kinder des Ehegatten und Enkel, die der Steuerpflichtige in seinen Haushalt aufgenommen hat.



Leben die Eltern nicht zusammen, erhält derjenige das Kindergeld, in dessen Obhut sich das Kind befindet. Der barunterhaltspflichtige Elternteil hat am Kindergeld Anteil, indem er seine Unterhaltszahlungen grundsätzlich um das halbe Kindergeld kürzt (zivilrechtlicher Ausgleich). Den Kinderfreibetrag erhält jeder Elternteil zur Hälfte. Es wird dann jeweils das halbe Kindergeld verrechnet.

Für ein nicht unbeschränkt einkommensteuerpflichtiges Kind (Auslandskind) können die Freibeträge nur abgezogen werden, soweit sie nach den Verhältnissen des Wohnsitzstaates des Kindes notwendig und angemessen sind; d.h. es können um $\frac{1}{3}$ oder $\frac{2}{3}$ verminderte Beträge in Betracht kommen.

Bei einem Alleinstehenden, der einen Kinderfreibetrag oder Kindergeld für mindestens ein Kind erhält, das in seiner Wohnung im Inland gemeldet ist, wird ein Haushaltsfreibetrag in Höhe von 2.340 € abgezogen, wenn die

Voraussetzungen für den Abzug eines Haushaltsfreibetrags bereits im Kalenderjahr 2001 vorgelegen haben. Ist ein Kind bei beiden Elternteilen mit Wohnung im Inland gemeldet, wird es für den Haushaltsfreibetrag einem von ihnen zugeordnet. Der Haushaltsfreibetrag wird sozialverträglich abgeschmolzen. Dies ist im Hinblick auf die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Gleichbehandlung von allen Eltern notwendig.

Kinderfreibeträge werden auf der Lohnsteuerkarte bescheinigt. Diese Eintragung hat, weil im laufenden Jahr stets Kindergeld gezahlt wird, nur Bedeutung für die Ermittlung der Zuschlagsteuer (Solidaritätszuschlag, Kirchensteuer), bei der Kinderfreibetrag und Freibetrag für Betreuung oder Ausbildung berücksichtigt werden.

Wann werden Kinder berücksichtigt?

Kinder unter 18 Jahren werden für die Freibeträge in jedem Fall berücksichtigt; für Kindergeld, wenn sie ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inland oder in einem EU-/EWR-Mitgliedstaat haben. Kinder über 18 Jahre werden grundsätzlich nur dann berücksichtigt, wenn sie Einkünfte und Bezüge von nicht mehr als 7.188 € im Kalenderjahr erzielen. (2003 und 2004: 7.428 €)

Im Detail:

Über 18, aber noch nicht 21 Jahre alte Kinder werden berücksichtigt, wenn sie arbeitslos im Sinne des Dritten Buches Sozialgesetzbuch sind.

Über 18, aber noch nicht 27 Jahre alte Kinder werden berücksichtigt, wenn sie

- sich in der Berufsausbildung befinden,
- sich in einer Übergangszeit von höchstens vier Monaten befinden, die zwischen zwei Ausbildungsabschnitten oder zwischen einem Ausbildungsabschnitt und der Ableistung des gesetzlichen Wehr- oder Zivildienstes, einer vom Wehr- oder Zivildienst befreienden Tätigkeit als Entwicklungshelfer oder als Dienstleistender im Ausland nach § 14b Zivildienstgesetz oder der Ableistung eines Europäischen Freiwilligendienstes liegt,

- eine Berufsausbildung mangels Ausbildungsplatzes nicht beginnen oder fortsetzen können,
- ein freiwilliges soziales Jahr im Sinne des Gesetzes zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres, ein freiwilliges ökologisches Jahr nach dem Gesetz zur Förderung eines freiwilligen ökologischen Jahres, einen Freiwilligendienst im Sinne der Beschlüsse des Europäischen Parlaments und des Rates oder einen anderen Dienst im Ausland im Sinne von § 14b Zivildienstgesetz leisten.

Über das 21. oder 27. Lebensjahr hinaus werden Kinder – begrenzt auf einen der Dauer des inländischen Grundwehrdienstes oder Zivildienstes entsprechenden Zeitraum – berücksichtigt,

- die den gesetzlichen Grundwehrdienst oder Zivildienst geleistet haben oder
- die sich freiwillig für eine Dauer von nicht mehr als drei Jahren zum Wehrdienst, der an Stelle des gesetzlichen Grundwehrdienstes abgeleistet wird, verpflichtet haben oder
- die eine vom gesetzlichen Grundwehrdienst oder Zivildienst befreiende Tätigkeit als Entwicklungshelfer ausgeübt haben.

Kinder, die wegen körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung außerstande sind, sich selbst zu unterhalten, werden auch über das 27. Lebensjahr hinaus berücksichtigt, wenn die Behinderung vor Vollendung des 27. Lebensjahres eingetreten ist.

Welche außergewöhnlichen Belastungen können geltend gemacht werden (§§ 33 - 33 c EStG)?

Aufwendungen, die einem Steuerpflichtigen im privaten Bereich zwangsläufig und in größerem Umfang als der überwiegenden Mehrzahl vergleichbarer Steuerpflichtiger erwachsen (z.B. Krankheitskosten), können als außergewöhnliche Belastungen berücksichtigt werden, soweit sie die – nach Familienstand und Gesamtbetrag der Einkünfte gestaffelte – zumutbare Belastung übersteigen (§ 33 EStG). Sie können als vom Arbeitslohn abzuziehender Freibetrag auf der Lohnsteuerkarte eingetragen werden, wenn sie, ggf. zusammen mit anderen zu berücksichtigenden

Aufwendungen, den Betrag von 600 € übersteigen. Ohne Einschränkung werden die Pauschbeträge für behinderte Menschen eingetragen, wenn diese Eintragung noch nicht von Amts wegen von der Gemeinde vorgenommen worden ist. Für die Anträge hält Ihr Finanzamt amtliche Vordrucke bereit.



Bestimmte außergewöhnliche Belastungen können in begrenztem Umfang bis zu festen Höchstbeträgen abgezogen werden, z.B. Aufwendungen

- für den Unterhalt und eine etwaige Berufsausbildung des Steuerpflichtigen oder des Ehegatten an gesetzlich unterhaltsberechtigte Personen, für die kein Anspruch auf Freibeträge für Kinder oder auf Kindergeld besteht, bis zum Höchstbetrag von 7.188 € (2003 und 2004: 7.428 €) jährlich. Der gesetzlich unterhaltsberechtigten Person gleichgestellt ist eine Person, bei der ihr zum Unterhalt bestimmte inländische öffentliche Mittel mit Rücksicht auf die Unterhaltsleistungen des Steuerpflichtigen gekürzt werden. Auf den Betrag von 7.188 € sind eigene Einkünfte und grundsätzlich eigene Bezüge der unterhaltenen Person anzurechnen, wenn sie zusammengerechnet 614 € übersteigen, sowie bestimmte Zuschüsse (§ 33 a Abs. 1 EStG). Unter diese Vorschrift fällt auch der Unterhalt an den geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten, wenn ein Abzug als Sonderausgaben im Rahmen des sog. Realsplitting nicht wirksam beantragt wird.
- zur Abgeltung des Sonderbedarfs eines sich in der Berufsausbildung befindenden, auswärtig untergebrachten volljährigen Kindes in Höhe von bis zu 924 € jährlich.
- Eigene Einkünfte und bestimmte Bezüge des Kindes, falls diese zusammen 1.848 € im Kalenderjahr übersteigen, sowie bestimmte Zuschüsse zu den Ausbildungskosten des Kindes (z.B. BAföG-Zuschüsse oder Stipendien aus

öffentlichen Mitteln) werden auf diesen Freibetrag angerechnet (§ 33 a Abs. 2 EStG).

- für die Beschäftigung einer Haushaltshilfe in besonderen Fällen von Alter oder Krankheit bis zu 614 € im Kalenderjahr und in Fällen von Hilflosigkeit oder Schwerbehinderung bis zu 924 € im Kalenderjahr (§ 33 a Abs. 3 EStG).
- infolge einer Behinderung:

Als Pauschbetrag werden gewährt, wenn Renten oder andere Bezüge wegen der Behinderung zustehen oder eine dauernde Einbuße der körperlichen Beweglichkeit oder eine Berufskrankheit vorliegt, bei einem Grad der Behinderung

von 25 und 30	310 €
von 35 und 40	430 €
von 45	570 €

in allen Fällen, in denen die Behinderung mindestens 50 v.H. beträgt, bei einem Grad der Behinderung

von 50	570 €
von 55 und 60	720 €
von 65 und 70	890 €
von 75 und 80	1.060 €
von 85 und 90	1.230 €
von 95 und 100	1.420 €

Für Behinderte, die infolge ihrer Behinderung so hilflos sind, dass sie für eine Reihe von häufig und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen zur Sicherung ihrer persönlichen Existenz im Ablauf eines Tages fremder Hilfe dauernd bedürfen, erhöht sich der Pauschbetrag auf 3.700 € (§ 33 b Abs. 3 EStG). Für Blinde gilt ebenfalls ein Pauschbetrag von 3.700 €.

- für die Pflege hilfloser Personen in bestimmten Fällen: Pflegepauschbetrag von 924 € (§ 33 b Abs. 6 EStG), wenn der Steuerpflichtige dafür keine Einnahmen erhält.

Personen, denen bestimmte Hinterbliebenenbezüge gewährt werden, können einen Hinterbliebenen-Pauschbetrag von 370 € beantragen (§ 33 b Abs. 4 EStG).

Ab 2002 können für unter 14 Jahre alte Kinder und für Kinder, die wegen einer vor Vollendung des 27. Lebensjahres eingetretenen körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung außerstande sind, sich selbst zu unterhalten, nachgewiesene erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten, die den bisherigen Betreuungsfreibetrag von 1.848 € übersteigen, bis zu 1.500 € außerhalb des Familienleistungsausgleichs geltend gemacht werden. Elternteile, die nicht mit dem anderen Elternteil zusammenleben und den halben Freibetrag für Betreuung und Erziehung oder Ausbildung beanspruchen, können Kinderbetreuungskosten, die 774 € übersteigen, bis zu 750 € geltend machen. Erwerbsbedingt bedeutet, dass entweder der alleinerziehende Elternteil oder bei zusammenlebenden Elternteilen eines Kindes beide Elternteile erwerbstätig sein müssen (§ 33c EStG).

E. Wo werden Gewinn bzw. Einkünfte sowie Abzüge im Einkommensteuerformular eingetragen?

Wo bekomme ich Formulare für meine Einkommensteuererklärung?

Für Ihre Einkommensteuererklärung, ob freiwillig oder Pflicht, hält das für Sie zuständige Finanzamt einen amtlichen Vordruck bereit. In einigen Bundesländern, in der Regel Flächenstaaten, wird Ihnen der Vordruck automatisch zugesandt. Zusätzlich bieten die Finanzämter eine elektronische Fassung der Einkommensteuerformulare zum Ausfüllen am PC. Die Elektronische Steuererklärung – ELSTER Formular – erhalten Sie in dem für Sie zuständigen Finanzamt oder als Download auf den Internetseiten der Finanzverwaltung <http://www.ElsterFormular.de>.

Wie funktioniert elektronische Steuererklärung – ELSTER Formular?

ELSTER Formular, das amtliche Steuererklärungsprogramm der Finanzverwaltung, entspricht in Umfang und Gestaltung den papierernen Steuererklärungsvordrucken. Neben der Anleitung zum Ausfüllen der Erklärung umfasst ELSTER Formular Funktionen zur elektronischen Übermittlung der Steuererklärungsdaten an das Finanzamt

sowie zur Berechnung der auf die erklärten Einkünfte entfallenden Steuer. Mit der elektronischen Datenübermittlung ist der Ausdruck einer komprimierten Steuererklärung verbunden, die zu unterschreiben und gemeinsam mit den Belegen an das zuständige Finanzamt zu senden ist.



Welche Angaben muss ich machen?

Der amtliche Vordruck für die Steuererklärung besteht aus einer Reihe von einzelnen Bögen, die sich nach den einzelnen Einkunftsarten gliedern und daher notwendigerweise nicht alle von Ihnen bearbeitet werden müssen. Ausfüllen müssen Sie aber auf jeden Fall den Hauptvordruck mit den Angaben zu Ihrer Person, Familienverhältnisse, Sonderausgaben und außergewöhnlichen Belastungen. Haben Sie in den Vorjahren eine Einkommensteuererklärung abgegeben, so haben Sie schon eine Steuernummer (siehe Steuerbescheid des Vorjahres), die Sie bitte in das dafür vorgesehene Feld im Kopf des Hauptvordrucks eintragen. Sollten Sie im Kalenderjahr umgezogen sein und daher Ihr zuständiges Finanzamt gewechselt haben, geben Sie an der entsprechenden Stelle Ihr bisheriges Finanzamt an. Füllen Sie alle weiß/grauen Felder aus – die grün umrandeten lassen Sie bitte für die Finanzverwaltung frei, die diese für ihre elektronische Datenverarbeitung aufbereitet. Dem Vordruck sind einige Erläuterungsseiten bei-

gefügt, die Sie durch die Einkommensteuererklärung führen und Ihnen beim Ausfüllen helfen. So können Sie sich so auch einen Überblick über die zahlreichen Steuervergünstigungen verschaffen.



Für die einzelnen Einkunftsarten gibt es zusätzlich folgende Anlagen:

- Arbeitnehmer füllen die Anlage N für Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit aus.
- Gewerbetreibende und Freiberufler füllen die Anlage GSE für Einkünfte aus Gewerbebetrieb und aus selbständiger Arbeit aus.
- Land- und Forstwirte füllen die Anlage L für Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft aus.
- Sparer und Kapitalanleger füllen zusätzlich die Anlage KAP für Einkünfte aus Kapitalvermögen und für private Veräußerungsgewinne die Anlage SO aus.
- Rentenbezieher füllen die Anlage SO für sonstige Einkünfte aus.
- Haus- und Wohnungseigentümer mit vermieteten Objekten füllen die Anlage V für Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung aus.
- Haus- und Wohnungseigentümer mit eigengenutztem Objekt füllen für die steuerliche Förderung die Anlage FW aus.

- Darüber hinaus werden ausländische Einkünfte in der Anlage AUS, Kinderfreibeträge u.ä. in der Anlage Kinder, nicht ausgeglichene Gewinne in der Anlage VA und Unterhaltsleistungen in der Anlage U erfasst.

Welche Belege soll ich meiner Steuererklärung beifügen?

Die Finanzbehörde hat nach der Abgabenordnung den Sachverhalt von Amts wegen zu ermitteln und dabei auch die für den Steuerpflichtigen günstigen Umstände zu berücksichtigen. Sie als Steuerpflichtiger sind jedoch zur Mitwirkung bei der Ermittlung des Sachverhalts verpflichtet. Dieser Verpflichtung kommen Sie in erster Linie durch vollständige Angaben in den Vordrucken nach.

Betriebsausgaben, Werbungskosten, Sonderausgaben und sonstige Abzüge von der Bemessungsgrundlage müssen Sie aber grundsätzlich belegen. Belege, die nicht ohnehin dem Antrags- und Erklärungsvordruck beizufügen sind, kann das Finanzamt anfordern. Ihre Einkommensteuererklärung kann jedoch schneller und einfacher bearbeitet werden, wenn die Belege dem Finanzamt bereits mit dem Vordruck eingereicht werden. Dies gilt vor allem für Zuwendungsbestätigungen (früher Spendenbestätigungen) und für Aufwendungen, die außergewöhnliche Belastungen dokumentieren sollen.

Das Finanzamt überprüft die Angaben des Steuerpflichtigen. Es kann eigene Ermittlungen zur Aufklärung des Sachverhaltes zu Gunsten wie zu Ungunsten des Steuerpflichtigen anstellen. Danach wird dem Steuerpflichtigen der Einkommensteuerbescheid bekannt gegeben. Ist der Steuerpflichtige mit dem Bescheid nicht einverstanden, kann er ihn innerhalb einer Frist von einem Monat anfechten (Einspruch).

F. Checkliste: Wie wird das zu versteuernde Einkommen ermittelt, und wo steht was im Formular?

Wie berechnet sich das zu versteuernde Einkommen?

Gewinn plus Überschusseinkünfte ergeben die Summe der Einkünfte. Diese vermindert um Altersentlastungsbeträge und Abzüge für Land- und Forstwirte ergeben den Gesamtbetrag der Einkünfte. Reduziert man diesen Betrag um Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen und sonstige Steuervergünstigungen sowie um die Freibeträge für Kinder und den Haushaltsfreibetrag erhält man das zu versteuernde Einkommen.

Wie wird der Gewinn ermittelt?

Bei den sog. Gewinneinkunftsarten werden die Einkünfte als Gewinn ermittelt. Es sind dies die Einkünfte aus

- Land- und Forstwirtschaft,
- Gewerbebetrieb und
- selbständiger Arbeit.

Der steuerliche Gewinn kann auf dreierlei Weise ermittelt werden:

- als Betriebsvermögensvergleich,
- als Einnahmeüberschussrechnung sowie
- als Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen.

Wann werden die Einkünfte als Überschusseinkünfte ermittelt?

Einkunftsarten, die nicht zu den Gewinneinkunftsarten zählen (also alle außer Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbständiger Arbeit), sind Überschusseinkünfte. Der Überschuss der Einnahmen ergibt sich stets als Differenz von Einnahmen und Werbungskosten. Bei Dividenden und anderen von einer Körperschaft stammenden Einkünften werden die Einnahmen und die Werbungskosten zur Hälfte angesetzt.

Was sind Werbungskosten?

Werbungskosten sind alle Aufwendungen, die getätigt werden, um Einnahmen zu erzielen, zu sichern und zu erhalten (§ 9 EStG).

Welche Werbungskosten werden bei Arbeitnehmern anerkannt?

- Aufwendungen für den Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte,
- Unfallkosten,
- Beiträge zu Berufsverbänden,
- Fortbildungskosten,
- Reisekosten,
- Verpflegungsmehraufwendungen bei Fahrtätigkeit und bei ständig wechselnden Einsatzstellen,
- Doppelte Haushaltsführung,
- Berufskleidung,
- Umzugskosten,
- Arbeitsmittel und
- Kontoführungsgebühren.

Was sind Pauschbeträge?

Werbungskosten können teilweise als Pauschbeträge abgezogen werden, wenn sich keine höheren Aufwendungen nachweisen lassen. In bestimmten Fällen ist der Ansatz von Pauschalen zwingend vorgeschrieben.

Welche Abzüge mindern den Gesamtbetrag der Einkünfte?

- Verlustabzug,
- Sonderausgaben,
- dauernde Lasten und Rentenverpflichtungen,
- gezahlte Kirchensteuer,
- Steuerberatungskosten,
- Unterhaltsleistungen an den geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten,
- Aufwendungen für die Berufsausbildung oder Weiterbildung in einem nicht ausgeübten Beruf,
- Aufwendungen für den Besuch bestimmter Schulen,
- Spenden und bestimmte Mitgliedsbeiträge zur Förderung mildtätiger, kirchlicher, religiöser, wissenschaftlicher und gemeinnütziger Zwecke und
- Spenden und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien,

- Förderung des Wohneigentums und des Denkmalschutzes,
- Freibeträge für Kinder sowie
- außergewöhnliche Belastungen; unter bestimmten Bedingungen zählen dazu
 - Unterhaltsaufwendungen für gesetzlich unterhaltspflichtige Personen,
 - Sonderbedarfe bei Kindern in Berufsausbildung,
 - Berufsausbildungen
 - Beschäftigung einer Haushaltshilfe,
 - Behinderungen,
 - Pflege hilfloser Personen und
 - Kinderbetreuungskosten.

Wo bekomme ich Formulare für meine Einkommensteuererklärung?

Für Ihre Einkommensteuererklärung, ob freiwillig oder Pflicht, hält das für Sie zuständige Finanzamt einen amtlichen Vordruck bereit. Zusätzlich bieten die Finanzämter eine elektronische Fassung der Einkommensteuerformulare zum Ausfüllen am PC. Die Elektronische Steuererklärung – ELSTER Formular – erhalten Sie in dem für Sie zuständigen Finanzamt oder als Download auf den Internetseiten der Finanzverwaltung <http://www.ElsterFormular.de>.

Wie funktioniert elektronische Steuererklärung – ELSTER Formular?

ELSTER Formular, das amtliche Steuererklärungsprogramm der Finanzverwaltung, entspricht in Umfang und Gestaltung den papierernen Steuerklärungsvordrucken. Neben der Anleitung zum Ausfüllen der Erklärung umfasst ELSTER Formular Funktionen zur elektronischen Übermittlung der Steuerklärungsdaten an das Finanzamt sowie zur Berechnung der auf die erklärten Einkünfte entfallenden Steuer. Mit der elektronischen Datenübermittlung ist der Ausdruck einer komprimierten Steuererklärung verbunden, die zu unterschreiben und gemeinsam mit den Belegen an das zuständige Finanzamt zu senden ist.

Welche Angaben muss ich machen?

Der amtliche Vordruck für die Steuererklärung besteht aus einer Reihe von einzelnen Bögen, die sich nach den ein-

zelen Einkunftsarten gliedern und daher notwendigerweise nicht alle von Ihnen bearbeitet werden müssen. Ausfüllen müssen Sie aber auf jeden Fall den Hauptvordruck mit den Angaben zu Ihrer Person, Familienverhältnisse, Sonderausgaben und außergewöhnlichen Belastungen.

Für die einzelnen Einkunftsarten gibt es zusätzlich folgende Anlagen:

- Arbeitnehmer füllen die Anlage N für Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit aus.
- Gewerbetreibende und Freiberufler füllen die Anlage GSE für Einkünfte aus Gewerbebetrieb und aus selbständiger Arbeit aus.
- Land- und Forstwirte füllen die Anlage L für Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft aus.
- Sparer und Kapitalanleger füllen zusätzlich die Anlage KAP für Einkünfte aus Kapitalvermögen und die Anlage SO für private Veräußerungsgewinne aus.
- Rentenbezieher füllen die Anlage SO für sonstige Einkünfte aus.
- Haus- und Wohnungseigentümer mit vermieteten Objekten füllen die Anlage V für Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung aus.
- Haus- und Wohnungseigentümer mit eigengenutztem Objekt füllen für die steuerliche Förderung die Anlage FW aus.
- Darüber hinaus werden ausländische Einkünfte in der Anlage AUS, Freibeträge für Kinder u.ä. in der Anlage Kinder, nicht ausgeglichene Gewinne in der Anlage VA und Unterhaltsleistungen in der Anlage U erfasst.

Welche Belege soll ich meiner Steuererklärung beifügen?

Sie als Steuerpflichtiger sind verpflichtet, bei der Feststellung Ihrer Steuerschuld mitzuwirken. Dieser Verpflichtung kommen Sie in erster Linie durch vollständige Angaben in den Vordrucken nach. Betriebsausgaben, Werbungskosten, Sonderausgaben und sonstige Abzüge von der Bemessungsgrundlage müssen Sie aber grundsätzlich belegen. Belege, die nicht ohnehin dem Antrags- und Erklärungsvordruck beizufügen sind, kann das Finanzamt anfordern.

Höhe der zu zahlenden Einkommen- oder Lohnsteuer

A. Wie verläuft der Einkommensteuertarif, und welche Auswirkungen hat dies für die Höhe der zu zahlenden Steuer?

Wie viel Steuern auf das zu versteuernde Einkommen gezahlt werden müssen, ergibt sich aus dem Einkommensteuertarif (§ 32 a EStG). Dieser ist in einzelne Zonen, beginnend mit dem Grundfreibetrag, unterteilt.

Wie hoch ist der Grundfreibetrag?

Auf ein zu versteuerndes Einkommen bis zur Höhe des Grundfreibetrags ist keine Steuer zu entrichten. Ausgehend von 2001 wird sich der Grundfreibetrag bis 2005 kontinuierlich erhöhen:

Grundfreibetrag

Jahr	Alleinstehende	Verheiratete (bei Zusammen- veranlagung)
2001	14.093 DM (7.205 €)	28.187 DM (14.411 €)
2002	7.235 €	14.470 €
2003	7.426 €	14.852 €
2004	7.426 €	14.852 €
2005	7.664 €	15.328 €

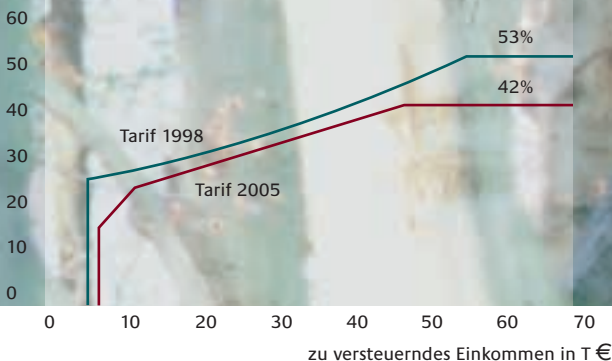
Wie hoch ist der Eingangssteuersatz?

Für über dem Grundfreibetrag liegende zu versteuernde Einkommen steigen die Steuersätze in einer ersten linearprogressiven Zone im Jahr 2002 von 19,9 v.H. (Eingangssteuersatz) auf 23 v.H. bei einem zu versteuernden Einkommen von 9.249 €/18.498 € (Ledige/Verheiratete).

In den Jahren 2003 bis 2005 reduziert sich der Eingangssteuersatz von 17 v.H. (2003/2004) bis auf 15 v.H. (2005).

Leistungsfreundliche Senkung des Grundsteuersatzes, sowohl für untere und mittlere Einkommen als auch im Spitzenbereich.

Grundbelastung
in v.H.



Lässt sich die Progression mildern?

Sind im Einkommen außerordentliche Einkünfte enthalten, wird die darauf entfallende Einkommensteuer auf Antrag nach einer besonderen Fünfteilungsmethode ermittelt (§ 34 EStG). Hierdurch ergibt sich ein Steuervorteil durch Milderung der Progression.

Zu den außerordentlichen Einkünften gehören:

- Gewinne aus der Veräußerung oder der Aufgabe von Betrieben oder Mitunternehmeranteilen, von wesentlichen Beteiligungen an Kapitalgesellschaften und von Vermögen, das der selbständigen Arbeit dient (§§ 14, 14 a Abs. 1, §§ 16, 17, 18 Abs. 3 EStG). Auch Vergütungen für eine mehrjährige Tätigkeit zählen hierzu.
- Bei bestimmten außerordentlichen Einkünften aus Forstwirtschaft können weitere ermäßigte Steuersätze angewendet werden (§ 34 b EStG).
- Ausländische Steuern, die der deutschen Einkommensteuer entsprechen und auf im Inland erfasste Einkünfte entfallen, können auf die deutsche Einkommensteuer angerechnet oder auf Antrag bei der Ermittlung der Einkünfte abgezogen werden (§ 34 c Abs. 1 und 2 EStG).
- Bei Land- und Forstwirten mit Gewinnen bis zu 25.565 €, die nicht nach Durchschnittssätzen ermittelt werden,

wird die tarifliche Einkommensteuer letztmalig im Jahr 2000 um höchstens 512 € ermäßigt (§ 34 e EStG). Die Tarifvergünstigung ergibt sich dadurch, dass die begünstigungsfähigen außerordentlichen Einkünfte durch fünf geteilt werden und die dann hierauf entfallende Steuer mit fünf multipliziert wird.

Bei Betriebsveräußerungs- oder Betriebsaufgabevorgängen kann alternativ dazu einmal im Leben der halbe durchschnittliche Steuersatz auf den darauf entfallenden Gewinn beantragt werden, wenn

- der Steuerpflichtige das 55. Lebensjahr vollendet hat oder
- der Steuerpflichtige im sozialversicherungsrechtlichen Sinne dauernd berufsunfähig ist und
- soweit der Gewinn 5 Mio. € nicht übersteigt.

In diesen Fällen ist jedoch mindestens der Eingangssteuersatz (mindestens also 19,9 % im Veranlagungszeitraum 2002) anzusetzen.

B. Wie wird die Höhe der Einkommensteuer ermittelt?

Die Höhe der Einkommensteuer ermittelt sich aus einer Tarifformel, die im Einkommensteuergesetz geregelt ist (§ 32a Abs. 2 und 3 EStG). Die jeweils zu zahlende tarifliche Einkommensteuer für jedes zu versteuernde Einkommen kann im Internet auf der Seite des Bundesministeriums der Finanzen (<http://www.bundesfinanzministerium.de>) unter dem Suchbegriff „Steuerrechner“ ermittelt werden. Die Grund- und Splittingtabellen für die Jahre 2001 und



2002, die aus der Tarifformel des Gesetzes abgeleitet sind, können dort unter dem Suchbegriff „Einkommensteuertabelle“ als Datei abgerufen werden. Die Grundtabelle wird bei Alleinstehenden (Ledige, Geschiedene, getrennt lebende Ehegatten, Verwitwete) sowie bei getrennter und besonderer Veranlagung verwendet. Ehegatten, die zusammen zur Einkommensteuer veranlagt werden, finden die entsprechende Einkommensteuer in der sogenannten Splittingtabelle. Diese ist auch im Todesjahr eines Ehegatten sowie für Verwitwete in dem auf das Todesjahr des Ehegatten folgenden Jahr anzuwenden.

Welche Veranlagungsarten gibt es bei der Einkommensteuer?

Folgende Möglichkeiten der Veranlagung bestehen:

- Einzelveranlagung,
- Zusammenveranlagung von Ehegatten,
- getrennte Veranlagung von Ehegatten und
- besondere Veranlagung für das Jahr der Eheschließung.



Grundsätzlich wird jeder Steuerpflichtige mit seinem zu versteuernden Einkommen einzeln veranlagt. Ehegatten, die nicht dauernd getrennt leben, können zwischen der Zusammenveranlagung, der getrennten Veranlagung sowie - für das Heiratsjahr – der besonderen Veranlagung (§§ 26 bis 26 c EStG) wählen.

Wie berechnet sich die Einkommensteuer bei zusammen veranlagten Ehegatten?

Bei der Zusammenveranlagung werden die von den Ehegatten erzielten Einkünfte zusammengerechnet. Die Einkommensteuer wird nach dem sog. Splitting-Verfahren ermittelt. Dabei wird die Steuer für die Hälfte des gemeinsamen Einkommens nach der Grundtabelle berechnet und sodann verdoppelt. Diese Veranlagungsart ist regelmäßig die günstigere, weil für die niedrigeren Einkommen auch ein niedrigerer Steuersatz anzuwenden ist.

Wie berechnet sich die Einkommensteuer bei getrennt veranlagten Ehegatten?

Getrennt veranlagt werden Ehegatten, wenn einer der Ehegatten diese Veranlagungsart beantragt. Hierbei werden jedem Ehegatten die von ihm bezogenen Einkünfte zugerechnet. Für die Berücksichtigung von außergewöhnlichen Belastungen gelten Besonderheiten. Die Einkommensteuer wird bei jedem Ehegatten nach der Grundtabelle berechnet.

Was bedeutet „besondere Veranlagung“?

Bei der besonderen Veranlagung für das Jahr der Eheschließung werden die Ehegatten steuerlich so behandelt, als ob sie diese Ehe nicht geschlossen hätten.

**Grundtabelle zur Einkommensteuer 2002 für
ausgewählte zu versteuernde Einkommen in €**

zu versteuerndes Einkommen	Einkommen- steuer (€)	Durchschnitts- belastung (vH)
7.000	0	0,0%
7.250	10	0,1%
7.500	61	0,8%
8.000	166	2,1%
9.000	387	4,3%
10.000	611	6,1%
11.000	850	7,7%
12.000	1.095	9,1%
13.000	1.345	10,3%
14.000	1.592	11,4%
15.000	1.853	12,4%
16.000	2.121	13,3%
17.000	2.393	14,1%
18.000	2.672	14,8%
19.000	2.946	15,5%
20.000	3.235	16,2%
21.000	3.531	16,8%
22.000	3.831	17,4%
23.000	4.127	17,9%
24.000	4.439	18,5%
25.000	4.757	19,0%
26.000	5.080	19,5%
27.000	5.409	20,0%
28.000	5.732	20,5%
29.000	6.072	20,9%
30.000	6.418	21,4%
31.000	6.769	21,8%
32.000	7.113	22,2%
33.000	7.476	22,7%
34.000	7.844	23,1%
35.000	8.218	23,5%
36.000	8.598	23,9%
37.000	8.969	24,2%
38.000	9.360	24,6%
39.000	9.756	25,0%
40.000	10.158	25,4%
41.000	10.551	25,7%
42.000	10.964	26,1%

zu versteuerndes Einkommen	Einkommen- steuer (€)	Durchschnitts- belastung (vH)
43.000	11.383	26,5%
44.000	11.808	26,8%
45.000	12.238	27,2%
46.000	12.658	27,5%
47.000	13.099	27,9%
48.000	13.546	28,2%
49.000	13.999	28,6%
50.000	14.440	28,9%
51.000	14.904	29,2%
52.000	15.373	29,6%
53.000	15.848	29,9%
54.000	16.329	30,2%
55.000	16.798	30,5%
56.000	17.287	30,9%

**Splittingtabelle zur Einkommensteuer 2001 für
ausgewählte zu versteuernde Einkommen in €**

zu versteuerndes Einkommen	Einkommen- steuer (€)	Durchschnitts- belastung (vH)
14.000	0	0,0%
14.500	20	0,1%
15.000	122	0,8%
16.000	332	2,1%
18.000	774	4,3%
20.000	1.222	6,1%
22.000	1.700	7,7%
24.000	2.190	9,1%
26.000	2.690	10,3%
28.000	3.184	11,4%
30.000	3.706	12,4%
32.000	4.242	13,3%
34.000	4.786	14,1%
36.000	5.344	14,8%
38.000	5.892	15,5%
40.000	6.470	16,2%
42.000	7.062	16,8%
44.000	7.662	17,4%
46.000	8.254	17,9%
48.000	8.878	18,5%
50.000	9.514	19,0%
52.000	10.160	19,5%
54.000	10.818	20,0%
56.000	11.464	20,5%
58.000	12.144	20,9%
60.000	12.836	21,4%
62.000	13.538	21,8%
64.000	14.226	22,2%
66.000	14.952	22,7%
68.000	15.688	23,1%
70.000	16.436	23,5%
72.000	17.196	23,9%
74.000	17.938	24,2%
76.000	18.720	24,6%
78.000	19.512	25,0%
80.000	20.316	25,4%
82.000	21.102	25,7%
84.000	21.928	26,1%

zu versteuerndes Einkommen	Einkommen- steuer (€)	Durchschnitts- belastung (vH)
86.000	22.766	26,5%
88.000	23.616	26,8%
90.000	24.476	27,2%
92.000	25.316	27,5%
94.000	26.198	27,9%
96.000	27.092	28,2%
98.000	27.998	28,6%
100.000	28.880	28,9%
102.000	29.808	29,2%
104.000	30.746	29,6%
106.000	31.696	29,9%
108.000	32.658	30,2%
110.000	33.596	30,5%
112.000	34.574	30,9%

C. Wie hoch ist die Lohnsteuer?

Wozu dienen die Lohnsteuertabellen?

Arbeitgeber, die die Lohnsteuer nicht maschinell ermitteln, können die Lohnsteuer je nach Lohnzahlungszeitraum und Art der Lohnzahlung aus der Tages-, Wochen-, Monats- oder Jahreslohnsteuertabelle ablesen. Diese Tabellen sind nach Steuerklassen gegliedert und aus der Grund- bzw. Splittingtabelle des Einkommensteuertarifs abgeleitet. Aus Vereinfachungsgründen stellen sie auf den Bruttoarbeitslohn ab und ersparen somit dem Arbeitgeber die Umrechnung des Arbeitslohns in einen zu versteuernden Einkommensbetrag. Bei dieser Umrechnung sind bereits die Pausch- und Freibeträge berücksichtigt, die für die in die jeweilige Steuerklasse fallenden Arbeitnehmer in Betracht kommen.

Da die Höhe der Vorsorgepauschale auch davon abhängt, ob ein Arbeitnehmer rentenversicherungspflichtig ist oder nicht, gibt es zwei Arten von Tabellen:

- die allgemeinen Lohnsteuertabellen für versicherungspflichtige Arbeitnehmer und
- die besonderen Lohnsteuertabellen für nichtversicherungspflichtige Arbeitnehmer.

Welche Steuerklassen gibt es, und für wen gilt welche? (§ 38 b EStG)

Die Steuerklassen sind für die Höhe der Lohnsteuer wichtig.

- Steuerklasse I gilt für Alleinstehende (Ledige, Geschiedene, dauernd getrennt lebende Ehegatten und Verwitwete ab dem zweiten Jahr, das dem Todestag des anderen Ehegatten folgt).
- Steuerklasse II gilt grundsätzlich für die bei Steuerklasse I genannten Arbeitnehmer, wenn bei ihnen der Haushaltsfreibetrag zu berücksichtigen ist.
- Steuerklasse III gilt bei zusammenlebenden Ehegatten, von denen nur einer Arbeitnehmer ist.
- Sind beide Ehegatten Arbeitnehmer und leben sie nicht dauernd getrennt, so können sie zwischen zwei Steuerklassenkombinationen wählen: Entweder lassen sich beide Ehegatten die Steuerkarten mit der Steuerklasse IV ausstellen oder der eine Ehegatte (der Höherverdienende) wählt die Steuerklasse III und der andere die Steuerklasse V.

Ehegatten werden grundsätzlich gemeinsam besteuert. In dem zwangsläufig getrennt durchzuführenden Lohnsteuerabzug wird es deshalb nur ausnahmsweise vorkommen, dass die insgesamt im Kalenderjahr einbehaltene Lohnsteuer mit der Jahressteuer übereinstimmt, welche die Ehegatten aufgrund der gemeinsamen Besteuerung schulden. Verdienen beide Ehegatten annähernd gleich viel, empfiehlt sich die Steuerklassenkombination IV/IV. Denn bei dieser Kombination wird tendenziell die zutreffende Lohnsteuer einbehalten – sofern nicht weitere Steuervergünstigungen genutzt werden können. Die Steuerklassenkombination III/V ist so gestaltet, dass die Summe der Steuerabzugsbeträge für beide Ehegatten in etwa der gemeinsamen Jahressteuer entspricht, wenn der in Steuerklasse III eingestufte Ehegatte 60 v.H. und der in Steuerklasse V eingestufte Ehegatte 40 v.H. des gemeinsam zu versteuernden Einkommens erzielt.

Was machen Steuerpflichtige mit mehreren Arbeitsstellen?

Erhält ein Arbeitnehmer von mehreren Arbeitgebern Arbeitslohn, so hat er auch mehrere Lohnsteuerkarten. Auf der zweiten und jeder weiteren Lohnsteuerkarte wird die Steuerklasse VI eingetragen. Da diese die ungünstigste Steuerklasse ist, sollten die zweite und weitere Lohnsteuerkarten dem Arbeitgeber/den Arbeitgebern vorgelegt werden, von dem/denen der niedrigste Arbeitslohn bezogen wird.

Wann können Ehepaare die Steuerklasse wechseln?

Ehegatten haben die Möglichkeit, die Steuerklasseneintragung vor dem 1. Januar des Jahres, für das die Lohnsteuerkarte gilt, von der Meldebehörde, welche die Lohnsteuerkarte ausgestellt hat, ändern zu lassen. Ein Steuerklassenwechsel im Laufe des Jahres kann in der Regel nur einmal, und zwar spätestens bis zum 30. November, bei der Meldebehörde beantragt werden. Nur in den Fällen, in denen im Laufe des Jahres ein Ehegatte aus dem Dienstverhältnis ausscheidet oder verstirbt, kann die Meldebehörde bis zum 30. November auch noch ein weiteres Mal einen Steuerklassenwechsel vornehmen. Die Ehegatten müssen in jedem Fall bei der Meldebehörde beide Lohnsteuerkarten vorlegen.

Lohnsteuerbeträge für ausgewählte Bruttomonatsverdienste
in €

Ledig Steuerklasse I / IV	
Brutto- monats- verdienst	Monats- lohn- steuer

Ledig Steuerklasse II	
Brutto- monats- verdienst	Monats- lohn- steuer

863,99	0,00
900	6,33
1.000	23,50
1.200	68,00
1.400	118,91
1.600	179,91
1.800	235,25
2.000	292,41
2.200	353,16
2.400	416,58
2.600	481,66
2.800	550,41
3.000	621,91
3.200	694,91
3.400	771,83
3.600	851,33
3.800	932,33
4.000	1.017,25
4.200	1.104,83
4.400	1.193,75
4.600	1.286,75
4.800	1.382,41

1.091,99	0,00
1.200	22,83
1.400	70,83
1.600	128,83
1.800	181,58
2.000	236,16
2.200	294,25
2.400	355,00
2.600	417,50
2.800	483,66
3.000	552,50
3.200	623,00
3.400	697,25
3.600	774,16
3.800	852,50
4.000	934,83
4.200	1.019,83
4.400	1.106,16
4.600	1.196,50
4.800	1.289,58

Verheiratet
Steuerklasse III

Brutto- monats- verdienst	Monats- lohn- steuer
---------------------------------	----------------------------

1.622,99	0,00
1.800	30,16
2.000	65,83
2.200	110,33
2.400	156,16
2.600	204,66
2.800	260,66
3.000	321,50
3.200	382,50
3.400	437,00
3.600	494,33
3.800	551,50
4.000	609,83
4.200	671,33
4.400	732,33
4.600	794,66
4.800	860,33

Verheiratet
Steuerklasse V

Brutto- monats- verdienst	Monats- lohn- steuer
---------------------------------	----------------------------

89,49	0,00
100	2,66
200	22,33
400	62,33
600	102,33
800	141,75
900	182,58
1.000	218,00
1.200	282,16
1.400	349,66
1.600	423,50
1.800	503,00
2.000	586,16
2.200	676,16
2.400	771,50
2.600	867,58
2.800	965,08
3.000	1.062,50
3.200	1.158,58
3.400	1.256,08
3.600	1.353,50
3.800	1.449,58
4.000	1.547,08
4.200	1.644,50
4.400	1.740,58
4.600	1.838,08
4.800	1.935,50

D. Checkliste: Höhe der zu zahlenden Einkommen- und Lohnsteuer

Wie verläuft der Steuertarif?

Wie viel Steuern auf das zu versteuernde Einkommen gezahlt werden müssen, ergibt sich aus dem Einkommensteuertarif (§ 32 a EStG). Er setzt sich aus verschiedenen Zonen zusammen:

- dem Grundfreibetrag, auf den keine Steuer entfällt,
- drei linear-progressiven Zonen und
- der Proportionalzone.

Lässt sich die Progression mildern?

Die Steuer auf außerordentliche Einkünfte kann auf Antrag mit einer besonderen Methode ermittelt werden, welche die Progression abmildert.

Wozu dienen die Grund- und die Splittingtabelle?

Aus der Tarifformel (§ 32a EStG) werden Tabellen abgeleitet, aus denen sich die jeweils zu zahlende tarifliche Einkommensteuer für jedes Einkommen ablesen lässt. Die Grundtabelle wird bei Alleinstehenden (Ledige, Geschiedene, getrennt lebende Ehegatten, Verwitwete) sowie bei getrennter und besonderer Veranlagung verwendet. Ehegatten, die zusammen zur Einkommensteuer veranlagt werden, finden ihre Tarifformel in der sogenannten Splittingtabelle. Die auf das jeweilige zu versteuernde Einkommen entfallende Einkommensteuer kann auch über das Internet (www.bundesfinanzministerium.de – Stichwort „Steuerberechnung“) ermittelt werden.

Welche Veranlagungsarten gibt es bei der Einkommensteuer?

Folgende Möglichkeiten der Veranlagung bestehen:

- Einzelveranlagung,
- Zusammenveranlagung von Ehegatten,
- getrennte Veranlagung von Ehegatten und
- besondere Veranlagung für das Jahr der Eheschließung.

Wozu dienen die Lohnsteuertabellen?

Ermittelt wird die Lohnsteuer aus der Tages-, Wochen-, Monats- oder Jahreslohnsteuertabelle. Diese Tabellen sind nach Steuerklassen gegliedert und aus der Grund- bzw. Splittingtabelle des Einkommensteuertarifs abgeleitet.

Welche Steuerklassen gibt es?

- Steuerklasse I gilt für Alleinstehende (Ledige, Geschiedene, dauernd getrennt lebende Ehegatten und Verwitwete ab dem zweiten Jahr, das dem Todestag des anderen Ehegatten folgt).
- Steuerklasse II gilt grundsätzlich für die bei Steuerklasse I genannten Arbeitnehmer, wenn bei ihnen der Haushaltsfreibetrag zu berücksichtigen ist.
- Steuerklasse III gilt bei zusammenlebenden Ehegatten, von denen nur einer Arbeitnehmer ist.
- Sind beide Ehegatten Arbeitnehmer und leben sie nicht dauernd getrennt, so können sie zwischen zwei Steuerklassenkombinationen wählen: Entweder lassen sich beide Ehegatten die Steuerkarten mit der Steuerklasse IV ausstellen oder der eine Ehegatte (der Höherverdienende) wählt die Steuerklasse III und der andere die Steuerklasse V.
- Erhält ein Arbeitnehmer für denselben Zeitraum von mehreren Arbeitgebern Arbeitslohn, so hat er auch mehrere Lohnsteuerkarten. Auf der zweiten und jeder weiteren Lohnsteuerkarte wird die Steuerklasse VI eingetragen.

Wann können Ehepaare die Steuerklasse wechseln?

Ehegatten haben die Möglichkeit, die Steuerklasseneintragung vor dem 1. Januar des Jahres, für das die Lohnsteuerkarte gilt, von der Meldebehörde, welche die Lohnsteuerkarte ausgestellt hat, ändern zu lassen. Ein Steuerklassenwechsel im Laufe des Jahres kann in der Regel nur einmal, und zwar spätestens bis zum 30. November, bei der Meldebehörde beantragt werden.

Stichwortverzeichnis

Altersentlastungsbetrag	40
Anlagen zur Einkommensteuererklärung	
N.....	56
GSE.....	56
L.....	56
KAP	56
SO	56
V	56
FW	56
AUS	57
VA.....	57
U	57
Anlagen, energiesparende.....	47
Arbeitnehmer-Pauschbetrag.....	39
Arbeitslosenversicherung	41
Arbeitsmittel	38
Aushilfskräfte	14
außergewöhnliche Belastungen	40, 51
Arbeitslohn	12
Baudenkmale	47
Behinderung	32, 51, 53
Beiträge zu Berufsverbänden.....	32
Belege.....	57
Berufsausbildung anderer Personen.....	52
Berufsausbildung, eigene	43
Berufsausbildung von Kindern	52
Berufskleidung.....	37
Besteuerungsmerkmale	13
Betriebsvermögensvergleich.....	28
Bewerbungskosten	32
Bruttoarbeitslohn	72
dauernde Lasten.....	43
Dienstreise	33
Dividenden	15
doppelte Haushaltsführung.....	35
Durchschnittsätze, Gewinnermittlung nach	29
Durchschnittsbelastung.....	68

ehemalige Arbeitnehmer	18
Eigenheimzulage	47
Einkommensteuerbescheid	57
Einkommensteuererklärung	20
Einkommensteuerpflicht	11
Einkommensteuertarif	63
Einkommensteuerveranlagung	
- auf Antrag	21
- von Amts wegen	20
Einkünfte aus	
- Land- und Forstwirtschaft	17
- Gewerbebetrieb	17
- selbständiger Arbeit	17
- nichtselbständiger Arbeit	17
- Kapitalvermögen	18
- Vermietung und Verpachtung	18
- sonstige Einkünfte	19
Einnahmeüberschussrechnung	28
Einsatzstelle, ständig wechselnde	35
Entfernungspauschale	31
Ertragsanteil von Renten	19
Erbschaften	19
Fortbildungskosten	33
Freibetrag für Betreuung und Erziehung oder Ausbildung	48
Freibeträge, Eintragung von	15
Fristen	20, 22
geschiedene Ehegatten	43, 66
Gewinn	28
Gewinnanteile	18
Grundtabelle	65, 68
Haftplichtversicherung	41
Haushaltsfreibetrag	49
Hinterbliebene	18, 53
juristische Personen	15

Kapitalertragsteuer	12
Kinder	48, 50
Kinderbetreuungskosten	54
Kinderfreibetrag	49
Kirchensteuer	15, 43, 50
Körperschaftsteuer	15
Kontoführungsgebühren	38
Krankenversicherung	41
Kürzung des Vorwegabzugs	41
Kulturgüter	48
Lebensversicherung	41
Lohnersatzleistungen	18
Lohnsteuer-Ermäßigungsverfahren	14
Lohnsteuerkarte	13
Lohnsteuertabellen	72
mehrere Arbeitgeber	21, 73
mehrfache Tätigkeit	64
Personengesellschaften	15
Pflege hilfloser Personen	53
Pflegeversicherung	41
Privater Veräußerungsgewinn	56
Progression	64
Reisekosten	33
Rente, Rentner	19
Rentenverpflichtungen	59
Rentenversicherung	18, 41, 72
Sonderausgaben	41
sonstige Sonderausgaben	43
Sparer-Freibetrag	18
Spenden	44
Spendenbestätigung (siehe Zuwendungsbestätigung)	57
Splittingtabelle	65
Steuerberatungskosten	43
Steuerermäßigungen	14, 44
Steuerklassen	72
- Übersicht	74
Steuerklassenwahl	72

Steuerklassenwechsel.....	73
Summe der Einkünfte	39
Teilzeitbeschäftigung.....	13
Umzugskosten.....	37
Unfallkosten	32
Unfallversicherung	41
Unterhalt anderer Personen.....	52
Unterhaltsleistungen.....	43
Veräußerung von Betrieben	64
Verlustabzug	40
Verpflegungsmehraufwendungen	35
Versicherungen.....	41
Versorgungsbezüge	18, 40
Verspätungszuschlag	20
Vorauszahlungen auf die Einkommensteuerschuld	12
Vordrucke, amtliche	54
Vorsorgeaufwendungen	41
Vorsorgepauschale	42, 72
Vorwegabzug	41
Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte	31
Weiterbildung, eigene	43
Werbungskosten.....	30
- bei Arbeitnehmern	30
Werbungskostenpauschbeträge	18, 39
Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	22
Wohneigentum,	
Erhaltungs- und Herstellungsarbeiten.....	47
Wohneigentum, selbstgenutztes.....	40, 47
Zinsen	18
Zukunftssicherung	41
zu versteuerndes Einkommen	63, 68
- Schema zur Ermittlung.....	27
Zumutbare Belastung	51
Zuwendungsbestätigung.....	57

Service

Wie Sie uns erreichen können

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

Telefax: 01888/682 46 29

<http://www.bundesfinanzministerium.de>

E-Mail: Poststelle@bmf.bund.de

Weitere Publikationen des BMF (Auswahl)



Innenansichten: Das Bundesministerium der Finanzen

Die Broschüre gibt einen Überblick über die vielfältigen Aufgaben des Ministeriums und erläutert die zentrale Rolle des Finanzministers innerhalb der Bundesregierung. Darüber hinaus werden die politischen Grundlagen der Finanzpolitik und die Organisationsstruktur des Ministeriums skizziert. Schließlich bietet die Broschüre eine historische Rückschau auf die Geschichte des Detlev-Rohwedder-Hauses, den Sitz des Bundesministeriums der Finanzen.



Innenansichten: Steuern von A-Z

Diese Broschüre gibt einen Überblick über die verschiedenen Steuerarten in Deutschland. Sie beantwortet die Fragen, wer eine Steuer wofür zahlen muss und wie hoch sie ist. Sie gibt Einblick in die geschichtliche Entstehung von Steuern und Abgaben sowie deren rechtliche Grundlagen.



Innenansichten: Die Steuerreform 2000

Die Broschüre zur Steuerreform 2000 fasst die wesentlichen steuerrechtlichen Änderungen zusammen. Sie erläutert sowohl die Ziele und Maßnahmen der Reform als auch die konkreten Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen.



Innenansichten: Die neue Familienförderung

Für Familien hat sich seit Amtsantritt der Bundesregierung vieles zum Positiven entwickelt. Die Broschüre stellt das umfassende Maßnahmenpaket der Regierung zur Förderung von Familien vor. Von der neuen familienfreundlichen Steuerpolitik über das Zweite Familienförderungsgesetz bis hin zu Bafög, Wohngeld und Eigenheimzulage für Familien.



Klarsicht: Erbschaft- und Schenkungsteuer

Die Broschüre gibt einen Überblick über die wichtigsten steuerlichen Bestimmungen, die bei Erbschaften und Schenkungen zu beachten sind, wie z.B. wenn ein Nachlass innerhalb der Familie aufgeteilt wird, ein Vermögen an Dritte weitervererbt wird, oder ein Betrieb an einen Nachfolger übergeht.



Klarsicht: Kfz-Steuer für PKW

Die Broschüre enthält neben allgemeinen Informationen über die Kfz-Steuer und die Sonderkennzeichen die aktuellen Steuersätze entsprechend den Schadstoffklassen. Mit diesen Informationen können Sie die Höhe der steuerlichen Vergünstigungen selbst berechnen, wenn Sie sich beim Erwerb eines PKW für eine schadstoffarme und umwelt-schonende Technologie entscheiden.



Klarsicht: Kfz-Steuer für Nutzfahrzeuge

Diese Übersichtsdarstellung erläutert die Grundsätze der Besteuerung von Nutzfahrzeugen und Anhängern, informiert über die aktuellen Steuersätze und gibt Hinweise zur Berechnung der Steuer.

Klarsicht: Ihr Weg durch den Zoll

Die Ratgeberbroschüre „Ihr Weg durch den Zoll“ hilft bei der Rückkehr von Ihrer Urlaubsreise. Sie liefert einen Überblick über Ein- und Ausfuhrbestimmungen von A wie Alkohol bis Z wie Zigaretten. Dabei werden die Regelungen für Reisen innerhalb wie außerhalb der EU berücksichtigt. Diese Broschüre sollte bei keiner Reise im Gepäck fehlen.

Klarsicht: Private Altersvorsorge

Welche Bedingungen müssen erfüllt werden, um Zuschüsse zur neuen privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge zu erhalten, und welche Anlageformen werden überhaupt gefördert? Diese und weitere Fragen beantwortet in verständlicher Form der Ratgeber zur steuerlichen Förderung der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge. In konkreten Beispielrechnungen werden zudem die finanziellen Aspekte der Förderung bis zum Jahr 2008 veranschaulicht.

Fachblick: Jahreswirtschaftsbericht 2002

Der Jahreswirtschaftsbericht legt die von der Bundesregierung beschlossene wirtschafts- und finanzpolitische Gesamtstrategie für das kommende Jahr fest. Er enthält die wirtschaftliche Jahresprojektion 2002 und die Stellungnahme der Bundesregierung zum Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Der Text wird durch zahlreiche Schaubilder ergänzt.

Impressum

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Presse und Information

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

www.bundesfinanzministerium.de

Konzept und Gestaltung:

BSMG Worldwide Deutschland, Berlin

trafodesign, Düsseldorf

Fotos:

Uwe Sülflohn, Waltrop

Berlin, April 2002